Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

18.03.1931 (Nr. 18)

Visual Library

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0.92 RM einschließlich Bestellgeld.
Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0,25, auswärts 0,30 Mk.
Stellengesuche und Fam.-Anz. 0,10 Mk. Kleine Anz. 0,15 Mk.
Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 18 | Mittwoch | 18. März | 1931

Braunhemden-Verbot ungültig!

So versteht Frankreich die Verständigungspolitik. Landesverrat der SPD. und deutsche Volkspartei.

Zum Mord an Henning.

In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag gegen 12 Uhr 40 Minuten wurde in einem Autobus kurz hinter Ochsenwärder das kommunistische Bürgerschaftsmitglied Henning erschossen. Außer ihm wurden noch 3 weitere Fahrgäste verletzt, unter anderen erhielt eine Lehrerin mehrere Beinschüsse. Die Täter waren in Fünfhausen eingestiegen und auf der freien Strecke von Annenhof nach Spadenland erhoben sie sich, riefen dem Autobusführer zu: „Halt! oder wir schießen!" Dem Kommunisten Cahnbley sollen sie zugerufen haben: „Du bist Andree, du wirst jetzt erschossen!" Hierauf fielen ungefähr 10 Schüsse. Entgegen anderen Meldungen können wir mitteilen, daß Cahnbley nur durch einen Streifschuß leicht verletzt wurde. Die Täter haben sich noch in der Nacht freiwillig gestellt, bis auf einen. **Die Hamburger Leitung der NSDAP. erklärt hierzu, daß sie die Tat aufs schärfste verurteilt und die Täter veranlaßt hat, sich freiwillig zu stellen.** Außerdem erweckt die Art und Weise der Ausführung der Tat den Eindruck, als ob die Täter durch Lockspitzel zur Tat veranlaßt worden seien. Der Hamburger Senat hat auf Grund des Artikels 48, Absatz 4, der Reichsverfassung sofort ein Verbot der nationalsozialistischen und kommunistischen Zeitungen herausgegeben. Gleichzeitig sind bis auf weiteres die Versammlungen sämtlicher Organisationen beider Parteien verboten. Soweit die amtlichen Meldungen. Da wir über genaue Einzelheiten, sowie die Beweggründe zur Tat noch nicht unterrichtet sind, wollen wir es doch nicht versäumen, zu erklären: **Auf das Schärfste verurteilen auch wir diese Mordtat, die feige und sinnlos ist. Die Täter haben durch ihr Vorgehen gezeigt, daß sie keine Nationalsozialisten sind. Unser Führer, Adolf Hitler, weist seit Monaten wieder und wieder darauf hin, daß der Besitz von Waffen auf das Strengste verboten ist. Es ist jedem rechten Nationalsozialisten bekannt, daß Zuwiderhandlung einen automatischen Ausschluß aus der Partei bedeutet. Wenn wir uns auch in schärfsten Gegensatz zu dieser Tat stellen, so können wir nicht umhin, festzustellen, daß diese letzten Endes, wie auch alle Zusammenstöße der letzten Monate, auf die gemeine und schamlose Hetze zurückzuführen ist, die in dem Schlagwort gipfelt:**

„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"

Den Erfolg dieser Hetze sehen wir täglich beim Lesen unserer Presse und denken dabei zunächst an die Ereignisse der letzten Zeit, an den lebensgefährlich Verletzten SA.-Mann Guß, an die toten SA-Kameraden Bischoff und Felgendreher und an 100 Bluttaten im ganzen Reich. Wir warnen alle Parteigenossen vor unüberlegten Handlungen und geben allen zu bedenken, daß es für Deutschland noch viel schlimmere Feinde gibt, die aber nicht mit Waffen, sondern mit einer Politik der Versklavung und Ausbeutung uns und damit den Bestand Deutschlands bekämpfen.

Adolf Hitler erklärt dazu:

Zu dem Anschlag auf das kommunistische Hamburger Bürgerschaftsmitglied Henning veröffentlicht Adolf Hitler soeben folgende Erklärung: „Ich bedaure und verurteile die Tat der Hamburger Parteigenossen auf das Schärfste. Ich sehe aber in den Tätern nur die unglücklichen Opfer einer seit Monaten ungestraft betriebenen Blut- und Mordhetze der kommunistischen Antifa. Zahlreiche Parteigenossen sind dem verbrecherischen Wüten dieser Mordpropaganda zum Opfer gefallen, offensichtlich, ohne daß die staatlichen Behörden zu einer entsprechenden Abwehr geschritten wären. Soeben ist wieder ein junger Nationalsozialist von diesen Mordbuben erschossen worden, während ein anderer auf das schwerste verwundet, augenblicklich noch mit dem Tode ringt.

So sehr ich daher die Tat verurteile, so groß ist mein Mitleid mit den verirrten unglücklichen Parteigenossen, die sich durch ihr Handeln selbst aus der Bewegung ausgeschlossen haben. Das menschliche Mitleid aber zwingt mich, für ihren Rechtsschutz um so mehr aufzukommen, als dadurch vielleicht die Möglichkeit geboten wird, das gesamte Deutschland auf die Leiden aufmerksam zu machen, denen heute Zehntausende von Nationalsozialisten wegen ihrer deutschen Gesinnung wehrlos preisgegeben sind.

Ich habe daher Rechtsanwalt Frank II (München) beauftragt, die Verteidigung der drei Täter zu übernehmen und werde die Kosten hierfür aus eigenen Mitteln bestreiten.

Wahlsieg in Brünn, Troppau, Massow-Pommern.

6 N.-S.-Mandate.

Brünn, 13. März. Kürzlich fanden an der hiesigen Technischen Hochschule die Kammerwahlen in die Deutsche Studentenschaft statt.

Das Ergebnis:

Liste 1 (Deutsche Freistudenten)	2 Mandate
Liste 2 ((Korporationsstudenten)	9 Mandate
Liste 3 (Deutschn. Studentenblock)	3 Mandate
Liste 4 (N. S. D. St. B.)	**6 Mandate**

Der Nationalsoz. Deutsche Studentenbund Brünn konnte damit trotz seines kurzen Bestandes und trotz heftiger Angriffe von allen Seiten einen glänzenden Wahlerfolg erringen.

*

Vormarsch der Nationalsozialisten auch im sudetendeutschen Gebiet.

Am 1. März fanden in Troppau die Gemeindewahlen statt. Ueber die Tatsache, daß die Tschechen ein Mandat verloren haben, hat die reichsdeutsche Presse schon berichtet. Dagegen ist allgemein unbekannt geblieben, daß die deutschen Nationalsozialisten in Troppau mit 4871 Stimmen die weitaus stärkste Partei geworden sind und doppelt so stark sind als die Sozialdemokraten die nur 2457 Stimmen erhielten. Die Nationalsozialisten haben im Troppauer Stadtparlament 11 Sitze, die Sozialdemokraten 6, die Deutschnationalen 5, die Wirtschaftspartei 3 und die Christlichsozialen 6 Sitze erhalten.

Die SPD. verliert 40 Prozent ihrer Stimmen.

In Massow in Pommern fanden Gemeindewahlen statt. Aus diesen gingen die Nationalsozialisten als weitaus stärkste Partei hervor. Die 15 Sitze verteilen sich wie folgt:

Nationalsozialisten	7 Sitze
Deutschnationale	1 Sitz
Bürgerliche Mitte	3 Sitze
Sozialdemokraten (bisher 4 Sitze)	2 Sitze
Kommunisten	2 Sitze

Das Fieber steigt also immer noch!

Arbeitsdienstpflicht.

Von Dr. Rudolf Albert, Dresden.

Wenn man den Gedanken ausspricht, ohne Ansehen der Person und des Standes jeden jungen Deutschen zu verpflichten, ein Jahr körperliche Arbeit zu Gunsten des Staates zu leisten, so wird ein Ziel erstrebt, das wirtschaftliche Vorteile für die Volksgesamtheit, aber auch soziale Erziehung zu erreichen geeignet ist. Die Arbeitslosigkeit würde eine ungeheure Entlastung erfahren, die man nicht nur aus finanziellen Gründen begrüßen wird, sondern in erster Linie, weil sie Hunderttausende der trostlosen und demoralisierenden Lage entreißt, die unverschuldetes Müßigsein erzeugen muß. Die Arbeitsdienstpflicht ist ein Problem, das dem Recht jedes Deutschen auf wertschaffende Tätigkeit Erfüllung bringt und deswegen sowohl im Einzelinteresse liegt als auch in der Zielsetzung des Staates begründet ist. Grundsätzlich soll von der einjährigen Dienstpflicht ausgegangen werden, während krisenhafte Zustände in der Volkswirtschaft eine Erweiterung der Periode von Fall zu Fall erfordern könnten.

Die von den Arbeitsdienstpflichtigen zu leistenden Verrichtungen müssen selbstverständlich öffentlichen Bedürfnissen entsprechen. Auszuschalten hat jede Arbeit die der Volkswirtschaft abträgig ist; denn es wäre grundverkehrt, auf solche Weise einen Konkurrenzkampf zu entfesseln, der nationalökonomisch nur Schaden anrichten könnte. Die Arbeitsdienstpflicht muß der staatlichen Planwirtschaft unterworfen sein und sich Aufgaben zuwenden, die ihrem Charakter nach im Interesse der Allgemeinheit eine billige Herstellung erfordern oder solchen, die sonst ganz unterbleiben bezw. unzureichend durchgeführt würden. Hieran gehören etwa Festungsanlagen und Straßenbauten oder die Kolonisation, usw., die bisher wegen Schwierigkeit der Mittelbeschaffung in Angriff genommen wurden, obwohl insbesondere auch der deutsche Osten danach schrie. Auch an Küstenschutz ist zu denken. Diese Beispiele veranschaulichen deutlich das Arbeitsgebiet, dessen Grenzen von der Rücksicht auf die Wirtschaft gezogen werden müssen. Wenn die Arbeitszuteilung in der angedeuteten Weise umrissen wird, so fällt auch der Einwand in sich zusammen, daß durch den sozialen Arbeitszwang auf der anderen Seite der Arbeitsmarkt belastet würde. Die Arbeitsdienstpflicht geht darauf aus, zusätzliche Werte zu schaffen, deren Errichtung sonst ganz oder teilweise unterbleiben würde oder die aus sozialen Gründen nur geringe Kosten verursachen dürfen.

Wenn unsere Gegner sich mit dem Argument zu rechtfertigen suchen, daß ja die beispielsweise angeführten Arbeiten auch von der Privatwirtschaft erledigt werden könnten, ist zunächst an die Größe der Aufgaben zu erinnern, die aus allgemeinem Interesse nicht Gegenstand privater Erwerbstätigkeit sein dürfen.

Der nationalsozialistische Staat will ja auch die Steuern auf ein Mindestmaß herabdrücken, das für unproduktive Ausgaben nötig ist. Deshalb muß die Wirtschaft begrüßen, wenn notwendige, jedoch für den Staat im Erwerbssinne unrentable Anlagen möglichst wenig Kosten verursachen, die ja aufgebracht werden müßten. Es wäre auch grundfalsch, etwa die Kolonisation im deutschen Osten oder in künftigen überseeischen Gebieten mit hohen Amortisationen zu belasten, die nur auf Produktivkraft und Ertrag drücken würden. Schließlich muß nicht zuletzt bedacht werden, daß jeder in der Arbeitsdienstpflicht beschäftigte Deutsche wieder an irgend welchen Stellen in der Volkswirtschaft Arbeitsmöglichkeiten und damit Verdienst auslöst. Die Vorteile der Arbeitsdienstpflicht liegen verteilt beim

Staat, bei der Volkswirtschaft und den einzelnen Volksgenossen. Sie bringt nicht nur dadurch ökonomische Vorteile, daß Menschen beschäftigt werden, also der Arbeitsmarkt Entlastung erfährt, nicht allein in der tatsächlichen Schöpfung neuer Werte, sondern ganz entschieden und maßgeblich auch mit der weiteren Tatsache daß der größte Teil der Anlagen verbessert oder Absatzmöglichkeiten für die Wirtschaft erzeugt. Bauernsiedlungen im Osten werden z. B. um so eher Fertigfabrikate aufnehmen können, je weniger ihr Ertrag durch die Tilgung von Anlagekosten vorbelastet ist, während etwa gute Straßenanlagen dem Verkehr und somit dem Binnenmarkt förderlich sind. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß durch die Arbeitsdienstpflicht das Nationalvermögen kräftig gehoben und die Nationalwirtschaft befruchtet wird.

Die einjährige Arbeitsdienstzeit wäre aber auch eine soziale Gerechtigkeit. Sie betrifft jeden Deutschen und es bedarf keines Beweises, daß sie richtig angewandt die Bevölkerungsschichten einander näher bringt. Für viele, viele Volksgenossen wird der Zwang zur körperlichen Arbeitsleistung zum Nutzen der Allgemeinheit ein unschätzbares Erziehungsmittel sein. Es darf kein Opfer zu groß erscheinen, um das deutsche Volk zu einer wahren Gemeinschaft heranzubilden. Für die männliche Bevölkerung würde die Arbeitsdienstpflicht auch eine Art Vorstufe zu den militärischen Leistungen werden können. Jedenfalls könnte der Arbeitsdienstzwang sogar benützt werden, um das Volk in mancher Hinsicht für die wirtschaftlichen Aufgaben eines Krieges vorzubereiten. Wenn gegen Ende des Weltkrieges an eine Heimatdienstpflicht gedacht wurde, so kann dieser Gedanke aufgenommen werden, um Sicherheiten zu schaffen, daß in Zukunft für die technischen Hilfsmittel des Frontkampfes und die Volksernährung, die jeder Krieg beeinträchtigt, in genügender Zahl und vorbereitete Kräfte zur Verfügung stehen.

Im übrigen ist es selbstverständlich, daß der Staat auch für die Arbeitsdienstpflicht einen Haushaltplan vorlegen muß, ebenso wie für das Heer, die Flotte usw. Die Finanzierung mancher Leistungen aus diesem Etat wird der staatlichen Bau- und Wirtschaftsbank zukommen. Wer die nationalsozialistischen Wirtschaftsziele vollkommen durchdenkt und sich zu eigen macht, wird folgerichtig die Notwendigkeit eines Arbeitsjahres zu Gunsten der Allgemeinheit anerkennen. Der Nationalsozialismus strebt ja nach Nationalwirtschaft, und betont immer die wirtschaftliche Dienstpflicht zum Wohle des Ganzen. Das deutsche Volk sieht die Aufgabe vor sich, das Vaterland auf nationalistischer und sozialistischer Grundlage neu aufzubauen. So wird die Arbeitsdienstpflicht, die man auch Heimatdienstpflicht nennen kann, für jeden Deutschen eine nationale und soziale Ehrenleistung sein!

Zweite Tagung der nationalen Opposition.

Die Vertreter der Reichstagsfraktionen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die sich mit den aus der Landvolkpartei ausgeschiedenen Abgeordneten am 1. März 1931 zu einer gemeinsamen Besprechung über die allgemeine politische Lage und zur Beschlußfassung über das für die Zukunft zu beachtende Verhalten der nationalen Opposition versammelt hatten, waren am Donnerstag, den 12. März 1931, dem Jahrestag der Annahme des Youngplanes, abermals in Berlin zusammengetreten. Sie stellten einmütig fest, daß die Entwicklung genau in den Bahnen verlaufen ist, die sie vorausgesehen haben. Demzufolge bestand auch keinerlei Veranlassung, die seinerzeit gefaßten Beschlüsse irgend einer Aenderung zu unterziehen. Es wurde erneut nachdrücklichst betont, daß mit dem bloßen Fernbleiben von den sogenannten Arbeiten des Rumpfreichstages die Kampfmittel der nationalen Opposition bei weitem nicht erschöpft sind.

Der Reichsbannerführer Kraschutzky hetzt im „Anderen Deutschland" die Soldaten zum Ungehorsam gegen Befehle, zur Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht auf.

Berlin, 11. März. Die neueste Nummer des offiziellen Organs der Deutschen „Friedens"gesellschaft, „Das andere Deutschland", dessen verantwortliche Schriftleiter der Reichsbannerführer Kraschutski ist, veröffentlicht die Erklärung führender Reichsbannerpazifisten zu den Beratungen des Strafrechtsausschusses des Reichstages. In dieser Erklärung heißt es, daß man sich keineswegs an Strafgesetze halten werde, die dem Schutz dem Wehrmacht vor Angriffen dienten. Es müßten vielmehr mit allen Mitteln die deutschen Soldaten zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert werden, und es wäre ihnen darüber hinaus unbedingt bei der Fahnenflucht behilflich sein. Es heißt weiter wörtlich:

„Im Falle eines Krieges würden wir mit allen Mitteln versuchen gegen die Gesetze zu verstoßen, die Soldaten zum Ungehorsam gegen die gegebenen Befehle aufzufordern, sie zur Fahnenflucht zu verleiten und ihnen diese Fahnenflucht zu erleichtern."

Man darf gespannt sein, ob das Frontsoldatenkabinett Brüning auf diese Frechheit hin den Staatsanwalt so mobil macht wie in anderen Fällen, und wie etwa im Falle der Offiziere Ludin, Scheringer und Wendt.

Auch fragen wir Herrn Groener, ob er beabsichtigt, nunmehr endlich das „Reichsbanner Schwarz-rot-gelb", in deren Reihen ein derartiger geistiger Wehrverrat großgezogen wird, als staatsfeindlich zu erklären bzw. im Kabinett eine entsprechende Maßnahme herbeizuführen. Wir Nationalsozialisten treten dauernd in Wort und Schrift für das Prinzip der Landesverteidigung ein und werden zum Dank dafür als Feinde des heutigen Staates verschrien. Die marxistischen Bundesgenossen der Reichsregierung aber dürfen ihre Hetze gegen den Heeresdienst ungestört betreiben und in der schamlosesten Weise öffentlich zur Sabotage der Landesverteidigung auffordern. Gegen diesen Zustand appellieren wir an das Anstandsgefühl aller deutschen Soldaten und bitten sie, selbst zu prüfen, wo die wirklichen Feinde des Staates und der Wehrmacht zu suchen sind.

So wird verleumdet.

Unter der Ueberschrift „Diäten" bringt die jüdische „Frankfurter Zeitung" u. a. nachstehende Lügenmeldung. Daß die gesamte rote und schwarze Journaille mit Wohlgefallen nachdruckte, versteht sich von selbst:

„Der Diätensegen, den der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, der Frankfurter Postinspektor Jakob Sprenger, auf sich zu lenken verstand (in fünf Tagen die nette Summe von 362.50 Mark), hat in der deutschen Presse (ausgenommen die nationalsozialistische) die gebührende Beleuchtung gefunden. Herr Sprenger hat gleichzeitig als Reichsbote, als Mitglied des Preußischen Staatsrates und als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost Diäten in Anspruch genommen und hat sich obendrein auch noch saftige An- und Abmarschgelder auszahlen lassen, obwohl er sich in Berlin befand, also von seinem Wohnsitz weder an noch dorthin abmarschiert war . . ."

Die Antwort auf diese ganze infame Lüge gibt die „Deutsche Postzeitung" vom 6. März. Sie lautet:

In einem großen Teil der Tagespresse ist unserem Verbandsmitglied, Herrn Sprenger, M. d. R., der Vorwurf gemacht worden, anläßlich der Teilnahme an einer Sitzung des Verwaltungsrates Reisegelder erhoben zu haben, obwohl er bereits aus anderer Veranlassung in Berlin anwesend war; den überhobenen Betrag habe Sprenger erst nach Veröffentlichung der gegen ihn gerichteten Angriffe zurückgezahlt. Der Herr Reichspostminister hat daraufhin loyalerweise die erste sich bietende Gelegenheit benutzt, den Sachverhalt richtigzustellen, und in der Sitzung des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrates vom 25. Februar dazu ausgeführt:

„Es wurde in der Presse wiederholt darüber geschrieben, daß Herr Abgeordneter Sprenger bei einer der ersten Sitzungen, der er beigewohnt hat, zu viel an Entschädigungen liquidiert habe insofern, als er die Kosten der Reise nach Berlin angefordert habe, obwohl er von auswärts nicht hierher gereist, sondern wegen einer Sitzung des Preußischen Staatsrates bereits in Berlin anwesend gewesen sei. Diese Mitteilung, das möchte ich ausdrücklich feststellen, trifft nicht zu.

Der Sachverhalt ist folgender:

Es wurde Herrn Sprenger, wie jedem von Ihnen, eine von einem Beamten der Verwaltung bereits vorbereitete Liquidation vorgelegt, in der Annahme, daß der Herr Abgeordnete Sprenger, wie jedes von auswärts teilnehmende Mitglied hierher gereist ist, und infolgedessen wurde auch das Tagegeld für den Reichstag eingesetzt.

Ich muß aber feststellen, daß Herr Sprenger diesen Ansatz sofort beanstandet hat. Es wurde dann zwar dieser Betrag zunächst ausgezahlt, aber auf Veranlassung von Herrn Sprenger alsbald wieder beglichen.

Der Vorwurf ist also nach den Feststellungen des Reichspostministeriums für das Reisegeld nicht zutreffend." — Damit ist wieder eine rote und jüdische Verleumdung zusammengebrochen.

Wo bleibt der zweite Mann?

Er geht!

Ein sozialdemokratisches Geständnis!

„Die Partei", Heft Nr. 1, Zeitschrift für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Magdeburg-Anhalt, schreibt in ihrer Uebersicht über die Bewegung ihres Mitgliederstandes u. a.:

Im 2. Quartal waren regulär rund 300 Mitglieder verloren gegangen. Leider müssen wir für das 3. Quartal wiederum von einem Verlust an Mitgliedern sprechen. Diesmal sind es sogar 523 Mitglieder (338 Männer und 185 Frauen). Wir bedauern diesen Verlust außerordentlich, obwohl zugegeben ist, daß die Erwerbslosigkeit wie die allgemeine Not Hauptursachen dieser Entwicklung sind.

Am Verlust sind fast alle Unterbezirke beteiligt. Nur Magdeburg, Wernigerode und Anhalt 1 haben eine kleine Zunahme zu verzeichnen. Wir hoffen zuversichtlich, daß die jetzige lebhafte Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft wie überhaupt innerhalb der ganzen Bevölkerung kräftig von unseren Funktionären für die Partei ausgenutzt wird. Es muß uns auch jetzt gelingen, noch immerfort neue Mitglieder zu bekommen".

Also Verlust von allein 823 eingeschriebenen sozialdemokratischen Mitgliedern in kaum einem halben Jahr in einem einzigen kleinen Bezirk. Wir können die Wut der roten Bonzen verstehen.

Allein unser Verdienst ist es, durch unermüdliche Kleinarbeit und die tägliche Versammlung die verführten Genossen sehend gemacht zu haben. Heran an den dritten Mann, auch er muß zu uns.

Landesverrat der SPD. und Deutsche Volkspartei.

Wir brachten in der Nummer 16 vom 11. März der B.N.Z. **drei beweiskräftige Dokumente** zu dem in der Bürgerschaftssitzung vom 6. März seitens unseres Pg. Brandt und Pg. Thiele behaupteten Landesverrat der SPD. Diese drei Dokumente allein schon erbrachten den Beweis, daß unsere Parteigenossen nichts anderes als die lautere Wahrheit festgestellt hatten. Von Seiten der SPD. ist ja dann auch gar kein Versuch der Auflehnung gegen die Veröffentlichung des Beweismaterials unternommen worden und damit hat die Bremer SPD. den Landesverrat zugegeben.

In der Bürgerschaft muß selbstverständlich der Versuch unternommen werden, trotz SPD. zu sachlicher Arbeit zu gelangen, solange diese Bürgerschaft noch besteht. Wir wissen natürlich nicht, was der ungekrönte König von Bremen, Herr Senator Bömers, bezüglich unseres Auflösungsantrages beschlossen und Herrn Prof. Dr. Dietz anbefohlen hat; auch nicht, wieweit der volksparteiliche Kitt noch hält. Aber das möchten wir doch ganz unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß es eine Versündigung am demokratischen Geist, der ja lt. bremischer Verfassung auch in Bremen regieren soll, bedeutet, wenn eine kleine Gruppe einer Partei, genauer wenn der linke Flügel der Volkspartei — bloß weil er bisher den Schlüssel zum Kassenschrank unserer Freien Hansestadt in der Hand hatte — nun eine Diktatur aufrichtet nicht nur gegen die Mehrheit in der eigenen Partei, sondern überhaupt gegen den in demokratischer Wahl zum Ausdruck gebrachten Volkswillen. Aber darüber sollten auch diese Herren nach allem, was in den letzten 14 Tagen in der Bremer DVP. vor sich gegangen ist (Herr Senator a. D. Stahlknecht, Vorsitzender der DVP. Bremen, sagte am 5. 3. zu jungen Volksparteilern wörtlich: „Meine arme Volkspartei haben sie mir zerschlagen"), nicht länger im Zweifel sein, daß die Fraktion der DVP. in der Bürgerschaft heute kein Garant mehr für eine Regierungsmehrheit ist. Jedenfalls wird das Abstimmungsergebnis über unseren Auflösungsantrag am nächsten Freitag zugleich ein Gradmesser der Fieberschauern am altersschwachen Körper der DVP. sein. Wenn die DVP. — früher als sie selbst es ahnte — als beachtsamer Faktor aus dem politischen Leben wieder ausscheidet, so liegt das nicht so sehr an dem Mangel an einem politisch-ethischen Ideal als vielmehr insbesondere an der ständigen Giftaufnahme zu Liebe ihrer nibelungenhaften Treue zur vaterlandslosen Sozialdemokratie.

Diese Sozialdemokratie soll hier gerade auch für gewisse Volksparteiler noch einmal in das rechte Licht gerückt werden, damit gar kein Zweifel über die Sündhaftigkeit dieser unnatürlichen Ehe mehr möglich ist. Mögen die, die es angeht, die Folgerungen daraus ziehen. Es geht um ihr Seelenheil. Denn einst wird der Schöpfer jeden einzelnen fragen: Was tatest du zum Heile deines Volkes?

In der Sitzung der bremischen Bürgerschaft vom 23. April 1919 führte der Mehrheitssozialist **Waigand** aus: „Im Januar 1918 haben wir in einem Aktionsausschußkomitee zusammengesessen, dessen Zweck in erster Linie war, daß die Arbeiter durch einen Generalstreik den Krieg beendigen, dem Militarismus und dem Imperialismus zu Leibe gehen sollten" und weiter: „Der Streik war beschlossen in Berlin von den U.S. und unserer Partei. Wir wollten gemeinsam gegen den Militarismus und den Imperialismus vorgehen und waren der Ueberzeugung, daß das Vorgehen Erfolg haben werde. Aber Miller, der heute das große Wort führt, hat damals versagt. Genosse **Sommer** (Ist das etwa der jetzige Senator? D. Verf.) von den U.S. war es, der eingegriffen und mich unterstützt hat, um die Situation noch einigermaßen zu retten."

Der Jude und sozialdemokratische Führer **Crispin** sprach die ja schon ziemlich bekannt gewordenen Worte: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt", und der Jude **Eckstein** sagte auf dem Magdeburger Parteitag im Mai 1929: „Die Bezeichnung Landesverräter ist ein Ehrentitel für uns".

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Seydewitz** führte in einer Kundgebung der sozialistischen Schülergemeinschaft (Die kennen Sie wohl nicht, Herr M. d. B. Paulmann? D. Verf.) aus: „Die nationalen Verbände und Parteien halten gerade in diesen Tagen dem deutschen Volk unentwegt die Phrase von den unerträglichen und ungerechten Tributforderungen der Versailler Mächte vor und rufen im ganzen Reich zu Protestkundgebungen gegen die sogenannte Kriegsschuldlüge auf. Hier machen wir aber nicht mit, sondern sagen es dem Volk, daß dieselben Männer die Hauptverantwortlichen am Ausbruch des Weltkrieges gewesen sind! Hämmern wir es dem Volk ein, daß jene Männer den Krieg so unmenschlich geführt haben, daß man mit vollem Recht heute dafür Sühne fordert. Es ist daher also auch ein unbilliges Verlangen, wenn wir von der Entente verlangen, daß sie uns unsere Reparationen erläßt .... Der Vorwurf des Landesverrates ist uns ein Ehrentitel."

Der Sozialdemokrat **Küster** schrieb im „Anderen Deutschland": „Wenn die Ertappten, die Schuldigen von 1914, uns Landesverräter schimpfen, dann entgegnen wir eindeutig, daß solch Landesverrat für uns keine Schande, sondern Ehrenpflicht ist! Wir werden dafür sorgen, daß jedes Ding „verpfiffen" wird, wenn es im Interesse des Weltfriedens notwendig ist ...."

Zu derselben Zeit als Küster dieses schrieb, gab die SPD. — am 25. Februar 1929 — in ihrem Reichstagsbüro eine Broschüre heraus, in der ein Bekenntnis zum Landesverrat, zur Kriegsdienstverweigerung auch im Verteidigungskrieg und zur Sabotage der Verteidigungsmittel abgegeben wurde. Damals waren die Sozialdemokraten Müller, Severing, Hilferding und Wissel Reichsminister!

Und heute gibt es in Bremen noch immer — Dank der Deutschen Volkspartei — sozialdemokratische Senatoren, die noch dazu, soweit sie es noch nicht sind, im nächsten Monat lebenslänglich pensionsberechtigt werden!

Opfer unserer Bewegung.

in Bremen:

Gestern nachmittag wurden unsere SA-Leute beim Zettelverteilen im Hafengebiet von rotem Marxistengesindel in erheblicher Mehrheit überfallen. Unser SA-Kamerad Tordsen trug eine erhebliche Kopfverletzung davon, so daß er sich in ärztl. Behandlung begeben mußte. Ein neuer Beweis für die geistigen Waffen mit denen der Marxismus kämpft.

in Berlin:

In Wilhelmsaue wurden am Freitag abend Anhänger der NSDAP., die sich auf dem Wege zu einer Versammlung befanden, von politisch Andersdenkenden beschossen.' In einem Fall wurde aus einer Gruppe von vier Männern auf des Weges kommende Nationalsozialisten gefeuert. Zwei Männer und ein junges Mädchen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Polizei konnte die Täter festnehmen, denen zwei Pistolen abgenommen wurden, während eine dritte Waffe auf der Erde liegend gefunden wurde. An einer anderen Stelle ereignete sich der gleiche Vorfall. Ein einzelner Mann gab auf Nationalsozialisten mehrere Schüsse ab, durch die aber niemand verletzt wurde. Ein Polizeibeamter der den Schützen festnehmen wollte, wurde von diesem mit der Pistole bedroht. Die Waffe versagte aber, sodaß der Täter festgenommen werden konnte.

in Essen:

In der Nacht zu Sonnabend wurde ein Trupp von 15 Nationalsozialisten, der sich von einer Versammlung auf dem Heimwege nach Essen-Kray befand, an der Zeppelinbrücke von unbekannten Tätern beschossen. Nach Darstellung der Polizei wurden zwei Salven von insgesamt 20 Schuß auf den Trupp abgegeben. Bei der letzten Salve wurde der 18 Jahre alte, in Kray wohnende Anstreicherlehrling Friedrich Felgendreher durch Kopfschuß lebensgefährlich verletzt. Felgendreher ist am Sonnabend mittag, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, seinen Verletzungen erlegen. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort eingeleitet. Vermutlich liegen der Tat politische Gegensätze zu Grunde. Für die Ermittlung der Täter hat der Regierungspräsident in Düsseldorf eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt.

in Leipzig:

In der Nacht zum Sonnabend sind in Leipzig-Leutzsch 15 uniformierte Nationalsozialisten, die vom Versammlungsschutz heimkehrten, durch etwa 50 Kommunisten vor einem Zentrallokal überfallen worden. Die Nationalsozialisten wurden mit Schußverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

in Wallerfangen (Saar):

Parteigenosse Guß von Wallerfangen wurde am Sonntag, dem 8. März, abends 12 Uhr, auf dem Heimweg vom SA-Dienst von einem Kommunisten durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt. Ein Schuß traf die Lunge so schwer, daß Pg. Guß im Krankenhaus hoffnungslos darniederliegt.

Pg. Guß, der als ruhiger Arbeiter überall beliebt war, wurde aus dem Hinterhalte überfallen, ohne daß auch nur der geringste Wortwechsel vorangegangen war. Die Empörung über diese marxistische Mordtat ist in Wallerfangen groß.

Ministergehälter abermals herabgesetzt.

SPD. drückt sich vor Stellungnahme.

Weimar. Im Haushaltsausschuß des Thüringer Landtages wurde auf Antrag der Nationalsozialisten die schon mehrfach angesichts der übrigen Parteien leider vergebliche Vorstöße in dieser Richtung gemacht hatten, beschlossen, die Gehälter der Minister von 16 000 Mark auf 12 000 Mark jährlich herabzusetzen, obwohl Thüringen neben Braunschweig sowieso schon die niedrigsten Ministerbezüge sämtlicher Länder bezahlte. Alle übrigen Parteien, auch die Sozialdemokratie, enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme.

Vorwärts in Lippe.

Das Lippische Volksbegehren zur Auflösung des Landtages erforderte die Beibringung von rund 36 000 Unterschriften. Diese Zahl ist — trotz gegenteiliger Falschmeldungen und Stimmungsmache der Linkspresse — bereits um ein Beträchtliches überschritten worden. Und nun gegen Rot-Preußen!

Neue Niederlage der rotschwarzen Gewaltherrschaft.

Das Braunhemdverbot zu Unrecht erfolgt.

Das Gericht entscheidet gegen die Genossen und die Bayer. Regierung.

Berlin, 15. 3. Eine Anzahl Nationalsozialisten und Kommunisten, die wegen Tragens des Braunhemdes bzw. Tragens der Rotfrontkämpferuniform auf Grund der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten von verschiedenen Strafkammern verurteilt worden waren, hatte beim Kammergericht Berufung eingelegt.

Das Kammergericht hat sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß die Verordnung des Polizeipräsidenten, wonach das Tragen des Braunhemdes und der Rotfrontkämpferuniform verboten ist, ungültig ist, da sie nicht in Einklang mit dem Paragraphen 118 der Reichsverfassung und dem Paragraphen 10 Absatz 2 und 17 des allgemeinen Landesrechts zu bringen ist.

Mit dieser Kammergerichtsentscheidung ist also das Tragen des Braunhemdes und der Rotfrontkämpferuniform wieder gestattet.

*

Nach den frechen Aeußerungen des über die Maßnahmen der derzeitigen Machthaber ja stets gut unterrichteten jüdischen „Berliner Tageblatts" scheint das Uniformverbot trotz seiner Rechtswidrigkeit nicht aufgehoben zu werden. Diese Willkür ergänzt würdig die übrigen Terrormaßnahmen gegen die NSDAP.

Achtung Propogandaleiter!

„Guten Morgen Herr Sparkommisser".

Auf vielfachen Wunsch haben wir Flugblätter beWie bekannt, behandelt dieses Flugblatt die Riesenausgaben im Reichsetat. Preise 500 Stück 5.— RM., 1000 Stück 9.— RM. einschl. Porto und Verpackung, nur gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto 50 555 Hannover, Buchdruckerei Arthur Drees, Burhave i. O.

An alle gerichtlich verfolgten Parteigenossen!

Jeder Parteigenosse, gegen den irgendwelches gerichtliches Verfahren betrieben wird, das in seiner politischen Betätigung seine Ursache hat, ist verpflichtet, von jeder Verfügung und von jedem Urteil den vollständigen Wortlaut in Abschrift mit etwa erforderlichen Bemerkungen zu senden an: Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

Reichspropaganda-Abteilung II
Fritz Reinhardt.

Hinweg mit dem Tribut-Reichstag.

Unter diesem Titel ist im parteiamtlichen Rednermaterial soeben eine zweiunddreißigseitige Schrift erschienen. Die Schrift wird gleichzeitig als das gegenwärtig geeignetste Werbemittel abgegeben. Es darf keinen Parteigenossen geben, der mit dem Inhalt dieser Schrift nicht bis in alle Einzelheiten vertraut ist, und keine Ortsgruppe, die nicht alles daransetzt, diese Schrift in Massen unter die Bevölkerung zu bringen.

Preis der Schrift: 1,50 RM. für 10 Stück, 12 RM. für 100 Stück, 50 RM. für 500 Stück, 75 RM. für 1000 Stück. Porto oder Fracht eingeschlossen.

Lieferungen nur gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Nürnberg 7550 (Fritz Reinhardt, Herrsching). Lieferungen gegen Nachnahme oder gegen **spätere Bezahlung** oder Lieferungen von **weniger als 10 Stück** erfolgen **nicht**. Die Bestellung ist am besten auf der Rückseite des Zahlkartenabschnittes zu bewirken.

Reichspropaganda Abteilung II
Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

Nationalsozialistischer Lehrerbund.

Diejenigen Amtskolleginnen und -kollegen in Oldenburg und nächster Umgebung, einschl. Rastede, welche unserer Bewegung angehören oder ihr beitreten wollen, werden hiermit gebeten, ihre Anschrift möglichst sofort mir zusenden zu wollen zwecks Gründung einer Ortsgruppe des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes".

Wilhelm Busch,
Oldenburg, Philosophenweg 18 I.

Uebertritt eines Landbundführers.

Heinrich Göckel bei der NSDAP.

Darmstadt. In einer Versammlung in Langen (Hessen) trat der Landbundführer Heinrich Göckel zur NSDAP. über.

Pg. Heinrich Göckel ist einer der bewährtesten hessischen Landbundführer. Er ist Mitglied des Landesvorstands, Kreisvorsitzender und Ortsvorsitzender des Hessischen Landbundes und gleichzeitig bewährter Gemeindepolitiker.

Wir begrüßen Pg. Heinrich Göckel in unseren Reihen als Kampfgenossen im Ringen um ein neues Deutschland.

Milliardenumsatz der Konsumvereine.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine meldet für das vergangene Jahr einen Gesamtumsatz der deutschen Konsumvereine von rund 1,4 Milliarde Mk. das bedeutet gegen das Jahr 1929 einen immerhin beachtlichen Zugang von 64 Millionen. Dieser Zugang in der gegenwärtigen Notzeit, wo die Kaufkraft der Bevölkerung auf ein Minimum herabgedrückt ist, doppelt bedeutungsvoll. Leider erfährt man niemals wohin die zweifellos großen Gewinne der Konsumvereine abfließen, oder wie hoch sich etwa die Gesamtunkosten stellen, und welche Rückvergütung den Mitgliedern gewährt wurde. Diese Summen müßten bei dem doch beachtlichen Milliardenumsatz der Gesamtkonsumvereine äußerst interessant ausfallen.

Werbt in allen Versammlungen für
unser Kampforgan

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

Sektions-Sprechstunden.

Sektion Westen.

Der Sektions-Führer West ist jeden 1. und 3. Dienstag eines Monats auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, zwischen 7½ und 8½ Uhr abends zu sprechen.

Sektion Habenhausen.

Der Sektions-Führer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.

Der Sektions-Führer Neustadt ist jeden Montag und Dienstag abend von 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postscheckkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.
Deutsche Antioquia-Bank Bremen.

Versammlungen.

Am 18. Lenzing (März) 1931: Versammlung mit Pg. Betriebsrat Engel, Berlin, in Hemelingen, Alter Dorfkrug (Seekamp), abends 20.30 Uhr. Thema: Wer wird Sieger sein? Severing, Thälmann, Brüning — oder Hitler?

Am 19. Lenzing (März) 1931: Versammlung mit Pg. Sprenger, M. d. R., Frankfurt a. Main, im Casino, abends 20.30 Uhr. Thema: Nationalsozialismus und Beamte.

Am 25. März 1931: Massenversammlung mit Hauptmann Göhring, Berlin, nähere Angaben folgen.

Am 10. Ostermond (April) 1931: Versammlung mit Pg. Zörner in Sieler's Festsälen.

Am 21., 22., 23. und 24. Ostermond (April) 1931: Abends 20.30 Uhr Schulungskursus über die Lehre des Marxismus im kleinen Casino-Saal. Eintritt nur gegen Sonderausweis, der von dem Organisationsleiter ausgestellt wird.

Kriegsbeschädigte.

Der Obmann für Kriegsbeschädigtenfragen ist jeden Donnerstag in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr abends auf der Geschäftsstelle zu sprechen.

Achtung! Flugblätter!

Wir bitten die Pg. von sämtlichen Flugblättern, die sie von anderen Parteien erhalten, je ein Exemplar auf der Geschäftsstelle abzugeben.

SA Ecke

Generalinspektion der S.A.

Am Samstag abend trat die gesamte Bremer S.A. zur Generalinspektion im Gewerbehaus an. Gegen 20 Uhr waren die beiden Bremer Stürme vollzählig erschienen und pünktlich um 20.30 Uhr konnte Oberführer Herzog die Stürme 2 und 4 dem Generalinspekteur melden, welcher der S.A. die herzlichsten Grüße Adolf Hitlers, des Obersten S.A.-Führers, übermittelte.

Bei der nun folgenden Inspektion bewiesen allein schon die Fragen und Antworten, daß der S.A.-Mann neben seiner Aufgabe als Soldat der Bewegung ebenso große Pflichten und Fähigkeiten als politischer Funktionär haben muß.

Klare, eindeutige und ernste Antworten bewiesen dem Generalinspekteur die Schulungsarbeit und ihren Erfolg in der Bremer S.A. Jeder Sturm, jede Gruppe, jeder Mann wurde besichtigt, wurde beurteilt. Und als der Generalinspekteur zum Schluß der Besichtigung jeden S.A.-Mann mit Handschlag begrüßte und nach Beruf und Arbeit fragte, bewiesen auch die Antworten: „Arbeiter, Beamter, Student, Arbeitsloser und Angestellter" den inneren, eben typisch nationalsozialistischen Aufbau der Bremer S.A.

Mit dem Ausdruck der Zufriedenheit über die Leistungen der Bremer S.A. und einem dreifachen Heil auf Führer und Volk verabschiedete sich der Generalinspekteur von den S.A.-Männern.

Am nächsten Tage, am Sonntag, den 15. März, fand ein

Großer Aufmarsch der S.A. und S.S. in Varel

statt, an dem die Bremer S.A., befördert auf zwei schweren Lastzügen, teilnahm.

Am Vormittag wurden weitaus über 1000 Mann vom Generalinspekteur besichtigt. Auch hier konnte er sich von dem prächtigen Menschenmaterial sowie von guten Leistungen überzeugen. Besonders zeichnete sich der Sturm 5 aus, der aus preußischem Gebiet, in weißem Hemd, wegen seiner fabelhaften Geschlossenheit und seines ausgesuchten Menschenmaterials ins Auge stach.

Nach der Besichtigung fand unter Vorantritt der Gau-S.A.-Kapelle ein Aufmarsch durch Varel statt, der hier einen hervorragenden Eindruck hinterließ.

Der Jubel der Bevölkerung in Varel sowie in Oldenburg und in den Orten der Durchfahrt ließen uns Bremer S.A.-Leute auf der Rückfahrt von diesem erhebenden Tag die **größte Zuversicht für die bevorstehenden Oldenburger Landtagswahlen mit nach Hause nehmen.**

Für den Inhalt verantwortlich Johannes Claus, Bremen, Druck und Verlag Ad. Ihsenee, Oldenburg. Fernsprecher 4134.

Stadttheater.

Heute, 14.30 Uhr:
Kleine Preise: 35 Pfg. bis 3.25 Mark
Der Freischütz
20 Uhr, 135. Ab.V., Ende ungef. 22.30
Rigoletto
Oper von G. Verdi
Donnerstag, 20 Uhr, 136. Ab.-Vorst.
Der große Operetten Erfolg:
Das Veilchen vom Montmartre
Freitag, 19.30 Uhr, 137. Ab.-Vorst.
Tannhäuser

Zentral-Pfandleih-Institut.
Am Mittwoch, dem 1. April
Verkauf der verfall. Pfänder
FINKE & CO.
Ansgaritorswallstrasse 20 B. und Wegesende 9.

Familienanzeigen finden in der B. N. Z. weiteste Verbreitung!!

Pelze Füchse, Würger Sommerbesätze stets Neuheiten am Lager
Pelzhaus Kampe
St. Magnusstr 64/66. Rol. 3861.

Gutschein Nr. 2
Der Vorzeiger dieses Gutscheines kann bei Aufgabe einer
Familien-Anzeige
in der Größe von 10 Zeilen 2spaltig, diesen bei Zuzahlung von 1 RM in Zahlung geben.
Dieser Gutschein ist gültig bis zum 31. März 1931.
Bremer Nat.-Soz. Zeitung
Anz.-Abt. Bahnhofstr. 26 II

Stellengesuche

Erfahrener zuverl. **Schmied und Heizer** sucht Arbeit. (Gute Empfehlungen vorh.) Näh. evtl. Tel. Rol. 5409. Offerten unter S. 56 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Malerarbeiten gut und preiswert von Parteigenossen. Offerten unter T. 57 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jung. Chauffeur, Pg. Führersch. IIIb., Ia. Zeugn. sucht sofort Stellung. Angebote unt. U. 58 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einige **Werber** für illustrierte nat.-soz. Wochenschrift ges. Meldung bei der **Bremer nat.-soz. Zeitung** Bahnhofstraße 26.

Frz. Brünger Bremen Knoopstrasse 11 **putzt Fenster aller Art.** Parteigenossen u. Geschäftsleute Preisermäßigung.

Bremer Strassenbahn

Bilanz am 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
Bahnanlagen und Konzession	7 361 513.94
Grundstücke und Gebäude	3 836 643.52
Wagen	2 158 367.—
Umformerwerke	315 370.—
Werkstatt- und Kontoreinrichtungen	309 102.—
Bau- und Betriebsvorräte	669 849.—
Assekuranz:	
Vortrag für im voraus bezahlte Prämien	39 321.—
Beteiligungen	304 126.50
Anlagen für Pensionskasse	1 034 337.96
Anlagen für Amortisationsfonds	228 350.—
Bankguthaben und Kasse	551 275.62
Bankguthaben der Pensionskasse	114 519.88
Bankguthaben für Spargelder	99 784.20
Bankguthaben der Zusatzkasse	164 945.20
	17 237 505.82

Passiva	RM
Aktien-Kapital	9 800 000.—
Darlehn des Bremer Staates für den Bau der Hafenbahn	370 000.—
Reservefonds	980 000.—
Amortisationsfonds	1 258 441.—
Erneuerungsfonds	1 087 057.15
Haftpflichtversicherung	427 719.43
Diverse Kreditoren	1 028 087.97
Pensionskasse	1 198 857.84
Zusatzkasse	164 945.20
Spargelder	99 784.20
Nicht eingelöste Dividendenscheine	1 367.11
Gewinn	821 245.92
	17 237 505.82

Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1930

Ausgaben.	RM	RM
Amortisationsfonds	186 373.67	
Erneuerungsfonds	1 522 324.12	
Haftpflichtversicherung	175 000.—	
Pensionskasse	101 517.26	1 985 215.05
Betriebskosten		8 399 191.80
		10 384 406.85

Einnahmen.	RM	RM
Betriebseinnahmen abzüglich Beförderungssteuer (663 743.75 RM)	11 127 108.95	
Reklame	42 105.36	11 169 214.31
		10 384 406.85
ab Ausgaben		784 807.46
Reingewinn		36 438.46
Vortrag aus 1929		821245.92
Gewinn-Verteilung.		
8 % Dividende von RM 9 800 000.—	784 000.—	
Vortrag für 1931	37 245.92	
	821 245.92	

Der Gewinnanteil für das Geschäftsjahr 1930 wurde für die Aktie zu RM 700.— auf RM 56.— festgesetzt. Die Auszahlung erfolgt vom 17. März 1931 ab unter Vorlage des Gewinnanteilscheins für 1930 (25) bzw. Nr. 25 unter Abzug von 10 % Kapitalertragsteuer bei der Darmstädter und Nationalbank K. a. A. in Bremen.

Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft besteht aus den Herren: Generalkonsul Dr. Aug. Strube, Vorsitzender, Konsul Fr. Noltenius, stellvertretender Vorsitzender, Generaldirektor E. Glässel, Dr. W. Kleemann, J. L. Schrage, Bankier J. F. Schröder, J. Vassmer, Dr. Fr. Wussow (Berlin), ferner auf Grund des B.-R.-G. Wilhelm Meyer, Gustav Schmidt.

Bremen, den 16. März 1931.

Der Vorstand
Roffhack. R. Claessens.

Mobilmachung!!
Gegen **Wohnungsnot u. Zinswucher!**
Wir geben zinslos Geld für Hypoth.-ablös., Neubauten, Siedlungen, Hausk.
Baufpar A.-G. Bremen
Ausk.: Stadtkontor Altenwall 4 F. D. 23830 Gesch.: 9—12 u. 16—20 Sonnabends 9—14

Donnerstag, 19. März abends 8 Uhr
im Dom
Volkstümliches Konzert des Vietorschen Chors und des Wilhadi-Kirchenchors
Die Schöpfung
von **Jos. Haydn**
Leitung: **Otto Vietor**
Karten zu Mk. 1.— u. 2.— bei **F.W. Haake,** Obernstraße 22/24

Ehrenpräsidium:
Präsident d. Senats Bürgermeist Dr. Donandt
Bürgermeister Deichmann
Präsident der Bürgerschaft Konsul Bernhard
Kammermusik-Konzert
zum Besten der Bremer Winterhilfe in der oberen Halle des alten Rathauses **am 28. März 1931, 19.30 Uhr.**
1) G. Ph. Telemann: Concerto in B-Dur
2) G. Tartini: Concerto in D-Dur für Gambe
3) A. Corelli: Concerto Grosso in D-Dur
4) G. Fr. Händel: Konzert für Harfe und Streicher
5) J. S. Bach: II. Brandenburgisches Konzert
Karten zu 8.—, 5.— und 3.— R.-Mk. im Vorverkauf in der Musikalienhandlung von Praeger & Meier, Bischofsnadel.

Einzel-Möbel
sowie complette
Wohnungs-Einrichtungen
Große Auswahl! Billige Preise!
B. Schmidt, Altenweg 4
Rol. 4499. [Nähe Telegr.-Amt

Der Friseur
Pg. Joh. Benecke
Bachstr. 54
ist gut u. billig!

Soeben erschienen!
Nationalsozialismus und Kath. Kirche
Die maßgebende Schrift über die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten!
Von Univ.-Professor Dr. Johannes Stark
Umfang 68 Seiten / Preis kart. M. 1.—
Jeder Nationalsozialist, gleich ob Protestant oder Katholik, muß diese Schrift kennen!
Zu beziehen durch: Bremer Nat.-soz. Zeitung Bahnhofstr. 26

Lesen Sie
Deutschlands bedeutendste nationale Fachmonatsschrift: die beliebte „Ernte". Jedes Heft 64 Seiten stark.
Politik
Unterhaltung
Wissen.
Einzigartige Leistung!
Nur 1 Mark monatlich durch Post, Buchhandel oder „Ernte"-Verlag, Hannover

ACHTUNG

Auch du sollst mitkämpfen!

Die letzte Hälfte des Monats März muß mit aller Macht dazu ausgenutzt werden neue Bezieher für die B. N. Z. zu werben. Welchen Wert eine eigene Presse hat, wird jedem klar sein. **Wir benötigen unsere eigene Zeitung dringend zum Kampf für unsere Bewegung.**

Pflicht jedes Parteigenossen und Freundes der NSDAP. **muß es sein, sich freiwillig in den Werbedienst zu stellen.**

Niemand darf eher ruhen, als bis er uns einen neuen Bezieher gebracht hat.

Aber nicht nur durch diese Werbung kann jeder an unserer Sache mitbauen helfen. Für jeden unserer Leser muß es selbstverständlich sein **beim Einkauf seiner Bedürfnisse die Geschäfte zu berücksichtigen, welche bei uns inserieren.**

Wir haben nicht die Gelder großer Zeitungs-, Bank- und Börsenfürsten zur Verfügung, aber unser Kampfwille, unser Idealismus vermag uns voranzutragen und die Kraft für das Erreichen unseres Zieles zu geben.

Ehe Ihr Euer Tagewerk beginnt denkt an die Werbung. **Ehe Ihr Euer Tagewerk beschließt,** legt Euch Rechenschaft darüber ab, **ob Ihr schon einen neuen Bezieher geworben und damit Eurer Ehrenpflicht genügt habt.**

Bremer Parteigenossen u. Freunde der NSDAP.

Am **Montag, 30. März** ds. Jrs., abends 8½ Uhr, spielt die gesamte
Gau S.-A. Kapelle
(27 Mann)
in dem großen
Centralhallen Saal
anläßlich unseres
S.-A. Werbeabends
Ein reichhaltiges Programm, das in der nächsten Folge der B.N.Z. veröffentlicht wird, füllt den Abend aus.
Karten sind im **Vorverkauf** auf der Geschäftsstelle und in der Buchhandlung Pelzerstraße 12 zu 0,50 RM zu haben.
Kein Pg. darf an diesem Abend fehlen.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

18. März 1931

Aus Bremen Stadt und Staat.

Eröffnung der Reichshandwerkswoche.

Am Sonntagmorgen fand im Gewerbehaus die Eröffnung der Reichshandwerkswoche statt. Vizepräsident Wilhelm Klocke eröffnete die Sitzung und der Syndikus der Kammer setzte sich in einer längeren Ausführung mit dem Wesen und dem Zweck des Handwerks auseinander. Es ist dies das erste Mal, daß das Handwerk eine gemeinschaftliche große Werbeaktion im ganzen Reiche unternimmt. Die Reichshandwerkswoche soll hauptsächlich dazu dienen, das Publikum noch an das Vorhandensein des Handwerks zu erinnern und es dazu zu bewegen, vom Einkauf billiger, fabrikmäßiger Massenartikel nach Möglichkeit Abstand zu nehmen. Das Handwerk als solches hat bisher immer nur in der Stille gewirkt und ist nie mit einer großen Propaganda an die Oeffentlichkeit getreten, was an sich dem Handwerk auch garnicht liegt, denn der Sinn des Handwerks ist es, durch Leistung zu wirken. Interessant waren die genannten Zahlen, aus welchem hervorgeht, daß es im deutschen Reich 1,3 Millionen Handwerksbetriebe mit 1,5 Millionen Gesellen, 750 000 Lehrlingen und über 110 Tausend Angestellten gibt. Die Leistung des Handwerks und seine Gemeinschaft mit dem Volke, das ist der tiefere Sinn der Reichshandwerkswoche. Die Veranstaltung war umrahmt von musikalischen Darbietungen des Rödenbeck-Quartetts und Liedervorträgen des Bäckermeister-Gesangvereins und der Liedertafel der Bremer Fleischerinnung. Im Mittelpunkt der Werbewoche steht in Bremen die Handwerksausstellung unter dem Kennwort: „Qualität in jedem Gerät", die von Dienstag den 17. bis Sonntag, den 22., in den Zentralhallen stattfindet.

Warum wählt der Arbeiter zur Arbeiterkammer.

Was versprach der Führer der freien Gewerkschaften, der Reichskanzler Müller, in seiner programmatischen Regierungserklärung vom 7. 3. 1928: Ratifizierung des Washingtoner Abkommens hinsichtlich der Durchführung der 8stündigen Arbeitszeit.

Neuregelung des Arbeitsschutzgesetzes.

Neugestaltung des Tarifes und Arbeitsvertragsrechtes.

Gesetzesmaßnahmen zur Vorbeugung des rücksichtlosen Abbaues älterer Arbeiter.

Was haben die freien Gewerkschaften und ihre Führer in der Sozialdemokratischen Partei davon Wirklichkeit werden lassen?

Verbesserungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind nicht eingetreten.

Arbeiter, achte auf!

Die Invalidenversicherung wurde dadurch erheblich geschwächt, daß die SPD. der Invalidenversicherung eine Zwangsanleihe auflegte.

Die SPD. fordert vor den Reichstagswahlen 1928 Krisenunterstützung an alle Berufe für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Am 10. 7. 1928, also nach der Reichstagswahl, stimmt die SPD. gegen diesen Antrag.

Wo bleiben die Mitgliederbeiträge der freien Gewerkschaften?

Der Bonze Leiphardt gibt 1925 RM. 400 000.— an die dänischen Gewerkschaften.

Der Verkehrsbund gibt vor den Reichstagswahlen 1930 1 Million RM. an die SPD. und Du, Deutscher Arbeiter, zahlst die hohen Mitgliederbeiträge und nagst mit Deiner Familie am Hungertuch.

Darum Schluß mit den freien Gewerkschaften und dem Bonzentum. **Jede Stimme der Liste 5 „Nationalsozialistische Arbeiter".**

Namentliche Wahllokale und Liste 5 siehe an anderer Stelle ds. Blattes.

Reichsmarinedienststelle Bremen. Die Dienststelle der Marineleitung Bremen, Bahnhofstraße 32, ist umbenannt worden und führt nunmehr die Bezeichnung „Reichsmarinedienststelle Bremen".

Besuch des ägyptischen Gesandten. Gestern weilte in Bremen der ägyptische Gesandte in Berlin, Exz. Nachat Pascha, in Begleitung des ägypt. Konsuls in Hamburg, um mit hiesigen Handelskreisen wirtschaftliche Fragen zu besprechen. Dem Präsidenten des Senats, Bürgermeister Donandt, stattete der Gesandte einen Besuch ab. Wo bleibt das Festessen?!

Wird Herr Klotz klagen?

In der „Bremer Volkszeitung" Nummer 54 wird in großer Aufmachung unser Hamburger Gauführer Kaufmann als Schwindler und Betrüger bezeichnet. Verantwortlich für diese neuen Lügen und Gemeinheiten zeichnet ein gewisser Dr. Helmuth Klotz. Zu dieser infamen Verleumdung unseres Pg. Kaufmann, übergibt uns derselbe folgende

Erklärung:

Ein Dr. Helmuth Klotz versendet an sämtliche sozialistischen Zeitungen des Reiches unter der Ueberschrift: „Das ist Herr Kaufmann" ein Pamphlet gegen mich, in welchen er behauptet, es habe gegen mich ein Parteiuntersuchungsverfahren stattgefunden, in welchem ich des Ordensschwindels, der Mandatserschleichung und des Ehrenwortbruchs überführt worden sei.

Ich erkläre diese Behauptungen, die ja nicht die ersten Verleumdungen gegen nationalsozialistische Führer sind, für erstunken und erlogen, und zwar von Anfang bis Ende.

Den Verfasser dieser „Enthüllungen", Herrn Dr. Helmuth Klotz, erkläre ich hiermit öffentlich für einen ganz gemeinen Ehrabschneider, Lügner und Verleumder.

Ich bin mir der Strafbarkeit dieser Ausdrücke bewußt und verzichte, um Herrn Klotz das strafrechtliche Vorgehen gegen mich zu erleichtern, auf die Rechte aus meiner Immunität".

gez. Karl Kaufmann, Gauleiter.

In ihrer traurigen Lage ist die SPD. gerade heute für die Verleumdung gegnerischer Führer besonders empfänglich., aber Herr Klotz ist anscheinend über die von der SPD. 1930 herausgegebene Materialsammlung gegen den Nationalsozialismus, recht wenig unterrichtet. Hier hätte er noch mehr „Material" gefunden. Dieser groß angelegte Schwindel wird dem Herrn Klotz wohl noch teuer zu stehen kommen, nachdem jetzt Rechtsanwalt Dr. Frank II in München die Strafverfolgung in die Hand genommen hat. Wenn Herr Klotz sich beleidigt fühlt, müßte er ja jetzt klagen. Ob er das wohl tun wird???

Bremens neues Zentralmeldeamt. Das Meldewesen einer Stadt mit Fremdenverkehr mit den besonders durch die Stadt-Staat bedingten Erfordernissen benötigt zur reibungslosen Funktion naturgemäß besondere verwaltungstechnische Grundlagen, die ständig Schritt zu halten haben mit den gestellten Ansprüchen. Diese Vorzüge vereinigt das neue bremische Zentralmeldeamt, das in einem besonderen Raume im Polizeihause untergebracht ist, in umfassender Weise. Es ist der Leitung des Polizeirats Dr. Feldmann unterstellt, der die Umstellung des Meldewesens durchführte, das in Verbindung mit dem Paßamt nunmehr auf einen durchaus zeitgemäßen Stand gebracht worden ist. Seit 1885 schon hatte es sogenante Familienbogen unter behördlicher Anwendung eines umfangreichen Schreibapparates gegeben und schlechthin ihren Dienst getan. Sie wurden jetzt abgelöst durch eine Kartei mit Meldekarten, denen vermittels eines besonderen Druckverfahrens alle Angaben einverleibt werden, ein wesentlicher Fortschritt gegenüber früher. Dadurch ist es beispielsweise möglich, die Wahllisten, zu deren Fertigstellung Wochen benötigt wurden, in wenigen Tagen absolut fehlerfrei aufzustellen. Die Kartei wird von besonders befähigten Beamten geführt, von denen jeder 25 000 Einwohner zu betreuen hat. Dieses neue Zentralmeldeamt wurde am Montag in Betrieb genommen.

Kunsthalle Bremen. Die März-Ausstellung der Kunsthalle ist von folgenden Künstlern beschickt worden: E. Müller-Scheessel, Bremen, Prof. Oskar Moll, Berlin, Karl Zerbe, München. Vertritt E. Müller-Scheessel mehr die Richtung der alten guten Salonmalerei, so führt Karl Zerbe uns mit seinen Oelbildern und Aquarellen mehr auf das Gebiet der sogenannten neuen Sachlichkeit. Professor Oskar Moll aber steht mit seiner kubistisch-expressionistischen Malweise im scharfen Gegensatz zu den beiden vorgenannten Künstlern. Gerade durch die verschiedenartige Malrichtung aber ist diese Ausstellung hoch interessant. Stellungnahme behalten wir uns noch vor.

Werbt in allen Versammlungen für die B. N. Z.

Bremer Schauspielhaus.

Das Bremer Schauspielhaus brachte als 10. Uraufführung dieser Spielzeit das englische Lustspiel „Die Hummel" von Frank Vosper in einer sehr guten Inszenierung durch Direktor Johannes Wiegand heraus. Wieder eine der vielen Abhandlungen, in denen sich die „Alten" mit der „Jungen" auseinandersetzen, aber nicht die langweiligste. Nein, es muß anerkannt werden, daß das Stück manche neue lustige und amüsante Pointe ins Spiel mischt, was unverkennbar auf die vorzügliche deutsche Bearbeitung durch Karl Lerbs zurückzuführen ist.

Lovedah Trevelyan, ein anständiger Wildfang, eine „Hummel" mit Herz reißt von Bild zu Bild vor den Unannehmlichkeiten des Lebens und der menschlichen Unzulänglichkeit aus und rast zwischen London, Budapest, Italien und allerlei verfänglichen Situationen hin und her, ohne Schaden zu nehmen an ihrer Seele. Die Menschen, mit denen sie in Berührung kommt, lassen sie nachsichtig gewähren, weil sie ein so reizender Kerl ist. Natürlich liebt sie jemand, nämlich einen korretten Londoner Rechtsanwalt, der sich allerhand von ihr gefallen läßt, vielleicht weil er weiß, daß diese großen Gesten weiblichen Naturburschentums nur vorgetäuscht sind und daß sich hinter dem „Flappertum" ein ganz echtes, warmes Herz verbirgt, das nichts anderes ersehnt, als so recht „sentimental" zu lieben und geliebt zu werden. Zwei Mütter geben ihre Ansichten kund, eine liebe, alte, hausbackene, mütterliche „Glucke", die ihr wildes Küken unter vier Augen schwer hochnimmt, aber, wenn es sein muß, trefflich verteidigt und die damenhafte Mutter des Rechtsanwalts, die nie aus der Rolle und darum der „Hummel" auf die Nerven fällt.

Die Titelpartie wurde mit gutem Wuchs und starker Gefühlskraft von der immer gleich netten frischen Berny Chlairmont verkörpert. Robert Lossen gab in liebenswürdiger Zurückhaltung den verständnisvollen Rechtsanwalt. Die Rollen der beiden Mütter wurden ausgefüllt durch die feinkomische bis zum Schlusse sich steigernde Leistung Lisa Wehns und durch Doramaria Herwellys kultivierte, klare, geistvolle Spielkunst. Auch die übrigen Darsteller Hertha Ulrici, Lili Sandrezki, Alice Droller, Ernst Glasemann, Hanns Müller, Ott und Voigt führten ihre Aufgabe mit Geschick zum glücklichen Ende. Bleibt noch zu erwähnen, daß die Inszenierung mit ihren reizvollen Bühnenbildern, Eisenbahn-Zuggeräuschen und stimmungerhaltender Schallplattenmusik in den Zwischenakten sehr gefiel.

Starker, bei einem Teil der Zuschauer langanhaltender Beifall, der es erlaubte, daß neben den Darstellern auch Karl Lerbs mehrfach erscheinen konnte.

Zum Schluß noch eine Frage. Man hört und spricht täglich von der Not des deutschen Schrifttums. Wann hört die verhängnisvolle Vorliebe der deutschen Theater für ausländische Stücke auf, selbst wenn diese völlig bedeutungslos sind? M.

*

Tankschlacht 1917.

In den Centralhallen sprach am 9. März im Rahmen der Vereinigung ehem. Militärkraftfahrer Major a. D. Borchert über die Tankschlacht von Cambrai und Tankwaffen von heute. Ein kurzer Film und reichhaltiges Lichtbildmaterial standen dem Redner zur Verfügung und so war dieser Vortrag wohl das Interessanteste, was auf diesem Gebiet geboten wird. Durch das Diktat von Versailles ist es Deutschland verwehrt, Tanks zu bauen und so weiß unsere heutige Generation nur herzlich wenig von dieser furchtbaren Kriegswaffe. Da ist es wirklich zu begrüßen, wenn durch Vorträge dieser Art die Technik dieser Waffe erläutert wird, auf daß nicht dermaleinst unser Volk überrannt wird, wie es 1917 der deutschen Front bei Cambrai geschah.

Dank der strengsten Geheimhaltung war es für die deutsche Heeresleitung die größte Ueberraschung, als im Oktober 1917 der Engländer auf einem Frontabschnitt von 9 Kilometern mit 400 Tanks die deutsche Siegfriedstellung durchbrach. Ein vorhergegangenes Trommelfeuer aus Tausenden von Schlünden hatte schon ein Uebriges getan und dann kamen in dreifacher Welle — urweltlichen Ungeheuern gleich — diese 400 Tanks angerollt, in dichte Nebelwolken gehüllt, Tod und Verderben speiend. Alle Hindernisse, Granattrichter, Stacheldraht und Gräben werden von diesen Stahlkolossen mit Hilfe ihrer breiten Raupenbänder überwunden und auch die größte Tapferkeit der wenigen deutschen Regimenter vermochte nichts gegen diese Ungeheuer auszurichten. Allen war diese Waffe zu fremd und Allen fehlte das nötige technische Verständnis für den Abwehrkampf. So ist es ungefähr auch heute. Von den Sichelwagen der Assyrer, den Kampfwagen der Griechen und Perser bis zu den Kampfwagen von 1917, dem Tank, ist gewiß ein gewaltiger Schritt, aber die Entwicklung des Tanks von 1917 bis zu den heutigen Kampfwagen unserer „friedlichen" Nachbarn ist kaum geringer. Heute rasen diese fahrenden Festungen mit 80—100 Stundenkilometern über die Straßen, auf

Hemelingen, am 18. März, 20.30 im alten Dorfkrug

Oeffentl. Versammlung

Pg. Engel, Berlin

Wer wird Sieger sein?

Severing, Thälmann, Braun oder Hitler?

Rotes Gelichter.
Drohbrief und Fournaillen„arbeit" der Bremer Kommune.

In unserer letzten Nummer berichteten wir über einen feigen Ueberfall der Kommune auf unsere SA in Osterholz.

Zu der Mutter eines unserer Schwerverletzten dieses hinterlistigen Ueberfalls kam in der letzten Woche eine Kommunistin, die in herausfordernder Weise einen Auftrag verlangte. Unsere Parteigenossin zeigte der verhetzten Frau ihren von roten Tieren zerschundenen Sohn, und statt ihr noch obendrein Arbeit zu geben, wies sie ihr die Tür. Jeder noch einigermaßen normalempfindende Mensch wird die Handlungsweise einer deutschen Mutter verstehen.

Die Kommune aber läßt unserer Parteigenossin durch drei üble Vertreter des Bremer Untermenschentums folgenden Drohbrief überreichen:

Geehrte Frau!
Da sie meine Genossin so schön angepöbelt haben, wünsche ich Ihnen alles gute. Aber hüten Sie sich, daß noch einmal zu machen.
Mit Rot-Front-Gruß.
Wir sprechen uns wieder. Vor 1000 Hitler ist kein Rotfront bange. Also Rot Front.
Beiliegendes bitte hinter die Ohren zu stecken.
Rot front.

Und „beiliegendes" entpuppte sich dann als ein Bericht des Bremer Kommune-Blättchens, den wir wegen seiner typischen Verlogenheit und Entstellung der Tatsachen unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Der Bericht lautet:

Bremen. Ich komme da in diesen Tagen in die Moselstraße, und frage wegen Stuhlberohren an. Als ich nun im Haus Nr. 2 anlangte, sagte die Frau zu mir, sie habe nichts, aber ich solle mir mal was ansehen. Nichtsahnend gehe ich ins Haus hinein. Da machte die Frau die Stubentür auf und schrie mich wie eine wildgewordene Hyäne an. Auf der Chaiselongue lag ein junger Mann mit verbundenem Kopf.

„Sehen Sie sich mal dieses an, was Ihre Klassengenossen gemacht haben, in Osterholz, solch ein junges Blut, dieses Kind hier. Ich weiß ganz gut, zu welcher Organisation Sie gehören, und machen Sie nur schnell, daß Sie hier wegkommen, denn hier wohnen lauter Hitlerleute, und lassen Sie sich man von Sowjetrußland ernähren!" —

Hinter dem „Drohbrief" steckt vielleicht nur ein kleiner, armer und verhetzter Genosse, während für die Drahtzieher, die Hetzer und Betrüger verantwortlich sind, und bei denen hilft nur eins: Hiebe!

Bremer Nothilfe.

Vom „Landwirtschaftlichen Verein für das bremische Gebiet" wurden der Bremer Nothilfe als Ueberschuß einer Verlosung 100 RM. übermittelt, wofür hierdurch herzlichst gedankt wird.

Vereinigte Frontkämpfer 1914/18 (Träger des deutschen Feld-Ehren-Zeichens) bitten uns um Veröffentlichung nachstehender Notiz:

Fast 13 Jahre ist es nun schon her, seitdem wir an diesem großen Völkerringen teilgenommen haben. Die damals im besten Mannesalter stehenden Kameraden sind alt geworden und das kommende Geschlecht stürmt an uns vorbei, sammelt sich in den nationalen Verbänden, um sich für den Kampf für die Zukunft zu rüsten.

In unserer Vereinigung des „deutschen Feld-Ehren-Zeichens" werden nur Frontkämpfer aufgenommen, d. h. Kameraden, die während des Krieges 1914/18 wenigstens an einer Kampfhandlung teilgenommen haben. Mit 40 000 Kameraden stehen wir an der Jahreswende. Das Jahr 1930 hat gezeigt, daß die Tatsache der kostenlosen Ausstellung des Besitzerzeugnisses des deutschen Feld-Ehren-Zeichens, noch nicht in allen Kreisen bekannt ist. Wir haben nur ein Ziel vor Augen: Wir wollen, daß jeder wirkliche Frontkämpfer des Weltkrieges ein Erinnerungszeichen erhält, wodurch er als vor dem Feind gestanden legitimiert wird. Das deutsche Front-Ehren-Zeichen ist das Erinnerungszeichen der wirklichen Frontsoldaten.

Unsere Vereinigung erhebt keine Mitgliedsbeiträge usw. Interessenten für das deutsche Feld-Ehren-Zeichen wollen sich an den Vertrauensmann der Ortsgruppe Bremen, Kamerad H. Johannes, Katrepelerstraße 16, wenden.

Für Parteigenossen teilen wir mit, daß grundsätzlich keine Bedenken gegen diese Vereinigung bestehen, solange sich der Verband nicht gegen unsere Bewegung richtet. Das Tragen des Abzeichens unterliegt der gleichen Voraussetzung.

Listenvorschlag zur Arbeiterkammerwahl.
Nationalsozialistische Arbeiter.

1. Uhde, Willy, Straßenbahner
2. Grabowski, Walter, Schleifer
3. Bellmer, Fritz, Hafenarbeiter
4. Gischkowski, Wilh., Kraftfahrer
5. Witte, August, Maurer
6. Schöning, Fritz, Hafenarbeiter
7. Vogt, Fritz, Straßenbahner
8. Wilke, Alfred, Elektriker
9. Köning, Ernst, Vorarbeiter
10. Hierlwimmer, Josef, Kraftfahrer
11. Edelmann, Adolf, Maler
12. Nothdurft, Wilfried, Tischler
13. Gronwald, Paul, Bäcker
14. Böhmker, Johann, Schneider
15. Weingarten, Johann, Schlosser
16. Bartsch, Michael, Maschinenbauer
17. Wittmann, Rudolf, Arbeiter
18. Groth, Willi, Straßenbahnschaffner
19. Pricken, Otto, Arbeiter
20. Cordsen, Wilhelm, Matrose
21. Judek, Max, Heizer
22. Köberich, Henry, Matrose
23. Vogel, Georg, Kutscher
24. Gütte, Wilhelm, Hotelangestellter
25. Schmidt, Julius, Chauffeur
26. Scheibe, Rudolf, Schmiedegeselle
27. Deharde, Wilhelm, Bäcker
28. Gnutzmann, Dietrich, Former
29. Helmbold, Heinrich, Kraftfahrer.

Arbeiterkammerwahl.
Wahllokale der Stadt Bremen:

1. am Sonntag, den 22. ds. Mts.
   Domschule, Eingang Marktstraße
   Realschule, Brückenstraße
   Schule Woltmershauser Allee
   Schule Woltmershauser Straße 275/277
   Schule Oderstraße
   Schule Buntentorsteinweg
   Schule Kattenturmer Heerstraße
   Schule Herbststraße
   Schule Schmidtstraße
   Schule Stader Straße
   Schule Alter Postweg
   Schule Sebaldbrücker Heerstraße
   Schule Schwachhauser Heerstraße 238
   Handwerkerschule Weserbahn
   Schule Nordstraße, Eingang Nordstraße
   Realschule Bremerhavener Straße
   Schule Ohlenhof
   Schule Schleswiger Straße
   Schule Grambker Heerstraße
   Norddeutsche Hütte (Ledigenheim).
   (Nur von 12 bis 14 Uhr ausschließlich für die Wahlberechtigten, die in diesen Stunden auf der Norddeutschen Hütte beschäftigt sind).
2. am Montag, den 23. ds. Mts.
   Hauptbahnhof (West-Portal)
   Neustadtbahnhof (Wartesaal III. Klasse)
   Bahnhof Sebaldsbrück (Wartesaal 2. Klasse)
   Bahnhof Osleshausen (Wartesaal).

Die Wahlhandlung ist öffentlich. Sie findet statt am Sonntag von 9 bis 18 Uhr, Montag von 16 bis 20 Uhr. Am Montag nur für die Wahlberechtigten, die nicht im bremischen Staatsgebiet wohnen. Zur Stimmenabgabe wird nur zugelassen, wer einen auf seinen Namen lautenden Wahlberechtigungsschein dem Wahlvorstande überreicht.

Der Gemeindewahlausschuß für die Stadt Bremen.

Bremer Anzeiger unter der Schirmherrschaft jüdischer Warenhäuser?

Ohne die Bremer Handwerker und Gewerbetreibenden kränken zu wollen, müssen wir doch sagen, daß wir fürchten, die von uns stets geachteten und unterstützten Mittelstandskreise verhelfen sich selbst zum drohenden Schächtschnitt. In jeder öffentlichen Versammlung wird gewettert gegen Warenhäuser und Konsumvereine. In schmetternden Fanfaren fordert man die Bremer Bevölkerung auf, ja um Gotteswillen nicht in den Geschäften und Kaufhäusern jener Großkonzerne zu kaufen. Und nun erscheinen im neuen „Bremer Anzeiger" der den Untertitel „Zeitung des bremischen Handels und Gewerbes" führt, Seiten- und Halbseiten-Annoncen des jüdischen Warenhauses Bamberger und des ebenfalls jüdischen „Tipphoikenhauses".

So macht nur weiter! Herrschaften!

Ihr treibt als Handwerker- und Gewerbetreibende eine famose Propaganda für eure gefährlichsten Feinde!

Auch für Karstadt und Koopmann werbt ihr.

Das ist der Kampf gegen Warenhäuser und Konsumvereine!

Oder sollte die Zeitung in Wahrheit garnicht von Handwerk und Gewerbe, sondern in Wahrheit von jüdischen Warenhäusern finanziert werden? Man munkelt so etwas!

*

Gestern morgen fand in den Centralhallen die Eröffnung der Handwerksausstellung statt. Nach verschiedenen Reden zeigte ein Rundgang durch die Ausstellung, daß es sich die Innungen haben angelegen sein lassen, durch Zur-Schaustellung wertvoller Qualitätsarbeiten das Publikum von ihrer Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Das Handwerk hat mit diesem Schritt in die Oeffentlichkeit einen neuen Weg beschritten, der sich hoffentlich zu seinem Vorteil auswirkt.

Raupenbändern mit 60—80 Stundenkilometern durch das Gelände (1917 3—8 Stundenkilometer) die Panzerung und damit das Gewicht ist enorm gesteigert, die Bewaffnung mit Geschützen und Maschinengewehren ist vollkommen und zur Nachrichtenübermittlung dient die Funkanlage und das Radio. Das ist der Kampfwagen von heute. Das gewaltigste auf diesem Gebiet ist wohl der amerikanische Christie-Tank, 56 Tonnen schwer, 120 bezw. 84 Stundenkilometer, ausgerüstet mit 4 Geschützen und 6 Maschinengewehren und infolge seiner Länge von 12 Metern befähigt, Gräben bis zu 4½ Meter Breite zu überschreiten. Die englische Armee ist mit dem Vickers-Tank ausgerüstet, (3000!) der dem amerikanischen nur wenig nachsteht. 3500 Reynault-Tanks sind ein beredtes Zeugnis für den Friedenswillen Frankreichs. Polen ist mit vielen Tanks ausgerüstet. Interessant ist die Feststellung, daß die Tschecho-Slowakei mit einigen Hundert Skada-Tanks die modernsten und besten Kampfwagen auf dem Kontinent besitzt. Bei all diesen Zahlen, die in Genf zugegeben wurden, sieht die Befürchtung offen, daß sie in Wirklichkeit bei weitem übertroffen werden. Leider war die französische Regierung untolerant genug, Major Borchert so eine kleine Besichtigung ihrer Arsenale von Basel bis Verdun zu unterbinden.

Zum Schluß seiner Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, fand der Redner flammende Worte gegen die Schandverträge von Versailles, die er als unsittlich bezeichnete, da sie unserem Volke das heiligste Naturrecht genommen haben: Die Wehrhaftigkeit. — Ef.

*

Trachtenfestspiele auf der Freilichtbühne.

Bremen. Die dem Plattdütschen Vereen Bremen nahestehenden Kreise planen, das Trachtenfestspiel von Annie Diederichsen, das die Sitten und Gebräuche unserer Vorfahren um Pfingsten, Hochzeit und Ernte in so meisterhafter Weise zusammengefaßt hat, auf der neu einzurichtenden Freilichtbühne beim Parkhaus neu aufleben zu lassen. Dazu ist die Beschaffung eines Fundus von Trachten erforderlich. Die Mittel dafür sollen aufgebracht werden teils durch freiwillige Spenden, teils durch den Ertrag eines Plattdeutschen Theaterabends des „Rablinghuser Spädäl", verbunden mit Vorführungen der „Danzaddeelung" des Plattdütschen Vereens am Freitag, 20. März, in der Union. Es hat sich ein aus bekannten Persönlichkeiten der Heimatbewegung, aus Kunst, Wissenschaft, Industrie, Handel und Schiffahrt bestehender Ausschuß gebildet, der die Durchführung der Spiele in die Hand genommen hat.

*

Theater brechen zusammen.

Osnabrück, 14. März. Das Problem der Weiterführung des Stadttheaters in der nächsten Spielzeit befindet sich jetzt im entscheidenden Stadium. In der letzten Sitzung der städtischen Finanzkommission setzten sich Oberbürgermeister Dr. Gärtner, Senator Hermann und Bürgervorsteher-Worthalter Dr. Schwetje stark für die Aufrechterhaltung der Bühne ein und wiesen auf die wirtschaftlichen und kulturellen Schäden hin, die eine Schließung herbeiführen müßte. Es fand sich trotzdem in der Finanzkommission weder für die Weiterführung mit einem Zuschuß von 180 000 Mark noch für den Vorschlag der Weiterführung als Schauspielbetrieb mit einem um 40 000 Mark geringeren Zuschuß eine Mehrheit. Die städtischen Kollegien lehnten in ihrer letzten Sitzung den Zuschuß von 180 000 Mark ab, während der Magistrat ihm zustimmte, so daß ein Differenzbeschluß zustande gekommen ist.

*

Vom großen König.

Friedrich der Große hatte in seiner Schrift „Ueber die deutsche Literatur" beiläufig geraten, wer krank sei, solle nur einen Arzt nehmen, der schon mehr als einen Kirchhof gefüllt habe, nicht aber einen jungen, der vielleicht noch nie einen Menschen getötet. Schon 1771 hatte er den Kgl. Großbrit. Leibarzt Georg Ritter von Zimmermann aus Hannover, dessen Hilfe er nun in seiner letzten Krankheit in Anspruch nahm, mit freundlichem Lächeln gefragt: „Wie viele Kirchhöfe haben Sie angefüllt?" — — „Nicht so viele wie Eure Majestät, aber auch nicht mit so vielem Ruhme", soll der Arzt damals schlagfertig geantwortet haben.

*

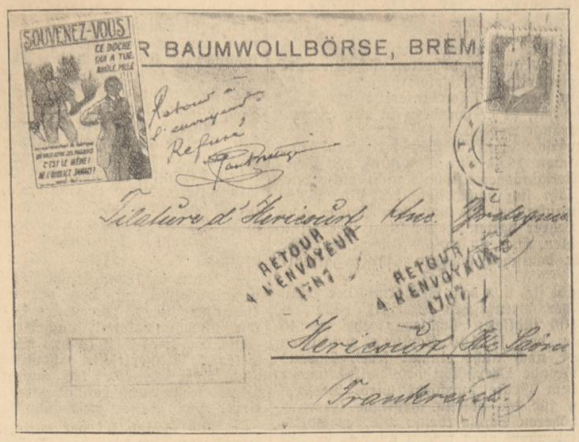
Randverfügung des Königs auf dem Gesuch der mit einem General-Schutz-Privilegio versehenen jüdischen Kaufleute Izig und Ephraim, sie bei den ihnen verliehenen christlichen Rechten schützen zu wollen, „Was wegen ihres Handels ist, behalten sie, aber daß sie ganze Völkerschaften von Juden zu Breslau anbringen und ein ganzes Jerusalem draußmachen wollen, das kann nicht sein."

*

Zu einer Abordnung Greiffenberger Bürger, die sich in Hirschberg eingefunden hatte, um dem Könige für ein Gnadengeschenk zum Wiederaufbau ihrer abgebrannten Häuser zu danken, sagte er: „Sie haben nicht Ursach, sich deswegen bei mir zu bedanken, es ist meine Schuldigkeit, dafür bin ich da."

19. März 1931
Oeffentliche Versammlung mit
Pg. Sprenger, M. d. R. Frankfurt—Main
„Nationalsozialismus und Beamte"
Casino, auf den Häfen: 20.30 Uhr

So versteht Frankreich unsere Verständigungspolitik



Dieser hier wiedergegebene Brief kam zurück mit dem Vermerk der Post: Zurück an den Absender. Annahme verweigert.

Das oben links in der Ecke in Frankreich aufgeklebte Bild enthält folgende Worte: „Erinnert Euch (rechts von dem Soldaten) dieser Boche (Schwein) der gemordet, gebrandschatzt und geplündert hat (links von dem Zivilisten), dieser Fabrikvertreter, der Euch sein Fabrikat anbietet, ist derselbe. Vergeßt es niemals."

Mit derartig gemeinen Mitteln kann es sich Frankreich heute leisten, gegen die Einfuhr deutscher Erzeugnisse zu agitieren. Nicht nur daß es im allgemeinen gegen die Einfuhr deutscher Waren Propaganda macht, sondern man geht sogar soweit, die Person des deutschen Handelsvertreters unmöglich zu machen, indem man ihn als den Verantwortlichen für den Krieg hinstellt. Es ist höchste Zeit, daß auch hier die Reichsregierung im Sinne der „Völkerversöhnung" daran geht, von Frankreich eine Unterlassung dieser gemeinen Hetze zu fordern. Ob man das tun wird?? Vielleicht wird ja ein derartiger Schritt unterbleiben, um Frankreich, als freundlichen Geldgeber, nicht zu verstimmen. Aber sehen wir uns einmal an, welche gewaltigen Anstrengungen das Auswärtige Amt gemacht hat im Jahre 1926, um einem bedeutend kleineren Staate, der noch dazu seinen Gebietszuwachs auf Grund des Versailler Schandvertrages und auf Kosten unseres deutschen Vaterlandes erhalten hat, Genugtuung zu verschaffen. Der Schutzverband der Brauereien hatte eine Propaganda-Karte gegen die Einfuhr tschechischen Bieres verbreitet. Sofort nahm die Tschechoslowakische Gesandtschaft Veranlassung, durch Verbalnoten hierauf aufmerksam zu machen und das Verbieten dieser Postkarte zu fordern. Was das Auswärtige Amt hierauf zu sagen hat, geben wir bekannt durch Wiedergabe nachstehender Note.

Auswärtiges Amt
II Ts 2308

Verbalnote.

Die Tschechoslowakische Gesandtschaft hat durch Verbalnoten am 22. April und 25. Mai d. J. — 9008 und 9306 — darauf aufmerksam gemacht, daß der deutsche Schutzverband der Brauereien der ehemaligen Braustеuergemeinschaft eine Postkarte zur Propaganda gegen die Einfuhr von tschechoslowakischem Bier nach Deutschland verbreitet hat; hierbei ist um Mitteilung des Standpunktes der Deutschen Regierung gebeten worden und zwar unter Hinweis auf deren Erklärung vom 31. Juli 1924, daß sie entsprechend ihrer bisherigen Einwirkung auf den deutschen Brauerbund auch weiterhin ihren Einfluß dahin ausüben werden, daß die Agitation gegen die Einfuhr tschechoslowakischen Bieres, insbesondere soweit sie mit politischen Argumenten geführt wird, unterbleibt.

Die Deutsche Regierung hat leider erst durch die Mitteilung der Tschechoslowakischen Gesandtschaft davon Kenntnis erhalten, daß die fragliche Postkarte von dem Schutzverband der Brauereien der ehemaligen Braustеuergemeinschaft, der übrigens eine andere Interessengruppe als der deutsche Brauerbund umfaßt, vertrieben worden ist. Sie hat unverzüglich Schritte getan, um die Weiterführung dieser Propaganda zu verhindern! Es ist zunächst veranlaßt worden, daß sofort von einer weiteren Verbreitung der Propaganda-Postkarte durch den erwähnten Schutzverband Abstand genommen wurde und daß dieser die Firma, die mit der Herstellung der Postkarten beauftragt war, angewiesen hat, den Druck der Karten einzustellen und die noch befindlichen Bestände einzustampfen. Ferner sind die Brauereien, denen die Postkarten zur Weiterverteilung an ihre Abnehmer von dem Schutzverband zugeleitet worden waren, von diesem zur Rückgabe der noch nicht verteilten Postkarten aufgefordert worden. Auf diese Aufforderung hat, wie das Auswärtige Amt soeben erfährt, zwar eine Anzahl von Brauereien mitgeteilt, daß die ihnen zugeleiteten Postkarten bereits vor Anfang der Aufforderung zur Rückgabe verteilt waren, im übrigen sind aber dem Schutzverband größere Posten nicht verteilter Postkarten zurückgeliefert worden.

Das Auswärtige Amt bittet die Tschechoslowakische Gesandtschaft aus Vorstehendem entnehmen zu wollen, daß die Deutsche Regierung die fragliche Propaganda mißbilligt und, sobald sie von ihr Kenntnis erhalten hatte, darauf hingewirkt hat, daß diese Propaganda nicht weiter fortgeführt und auch, soweit sie bereits eingeleitet war, nach Möglichkeit unterbunden bunden wurde.

Berlin, den 21. Septbr. 1926.

An die
Tschechoslowakische Gesandtschaft
Berlin.

Warum nimmt die katholische Kirche nur einseitig Stellung?

Ein offener Brief an den Bischof Wilhelm, Bischof zu Osnabrück.

Bremen, 9. März 1931.

Ew. Eminenz!

Die von Euer Eminenz mitunterzeichnete Stellungnahme der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz zur Nationalsozialistischen Bewegung, vom 5. März 1931, habe ich auch als Nicht-Katholik mit ganz besonderem Interesse im Original (der Veröffentlichung der „Kölnischen Volkszeitung") zu entnehmen Gelegenheit gehabt.

Abgesehen von der ganz naturgemäßen Einstellung der hochwürdigsten Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz zu rein intern katholischen Kirchen-Fragen, zu denen sich eine Stellungnahme erübrigt, da wir uns bekanntlich auf den Boden der christlichen Religion stellen, bringt die von Euer Eminenz mitunterzeichnete Erklärung außerdem eine grundsätzliche Stellungnahme zu politischen Fragen, deren Tragweite heute immerhin eingehender Erörterung würdig ist.

Soweit ich es von hier aus, d. h. ohne vorherige Fühlungnahme mit der Schriftleitung des „Völkischen Beobachters" in München, übersehen kann, scheint sich die Veröffentlichung der hochwürdigsten Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz mit dem Artikel **„Die Kultur- und Rasseauffassung des Zentrums einst und jetzt"** (Eine Rückschau auf die Wandlungen der klerikalen Politik seit 1871 des Freiherrn C. von Schorlemer), gekreuzt zu haben.

Ich gestatte mir, Euer Hochwürden beifolgend die letzte Sonntags-Ausgabe des „Völkischen Beobachters" zu überreichen, mit der ergebenen Bitte, den von mir markierten Artikel freundlichst zur Kenntnis zu nehmen; ich glaube dies um so eher tun zu dürfen, als es sich bei dem Verfasser um eine führende Persönlichkeit des nordwestdeutschen Adels, katholischer Konfession, handelt.

Euer Hochwürden Ausführungen gemäß, fordert wahre Liebe zu Volk und Vaterland, daß wir ehrlich und einmütig über alle Gegensätze von Stand und Klasse, Konfession und Partei hinweg uns bemühen, die Wurzeln des Elends unserer Zeiten aufzufinden und „Ohne unfruchtbare Polemik" nach entsprechender Besserung in unserer Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung streben. Damit glauben Euer Hochwürden das Programm der NSDAP bezw. die vermittels der NSDAP geleistete Aufklärungsarbeit unseres großen deutschen Führers Adolf Hitler, als „unfruchtbares Polemisieren" hinstellen zu sollen, womit die hochwürdigsten Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz der Gesamtfrage des Nationalsozialismus leider in keiner Weise gerecht zu werden vermögen.

Gleichzeitig aber bringen Euer Hochwürden mit zum Ausdruck, daß die hochwürdigsten Bischöfe **bereits am 8. Januar 1920** nachdrücklich und freimütig vor dem katholikenfeindlichen Sozialismus, gemeint ist der Marxismus, gewarnt haben.

Mit diesen Ausführungen haben es sich die hochwürdigsten Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz bereits angelegen sein lassen, so tief auf das rein politische dieser Tagesfragen einzugehen, daß es mir gestattet sei, meiner besonderen Verwunderung darüber Ausdruck zu verleihen, daß die unterzeichneten Bischöfe glauben, es nunmehr als „unfruchtbare Polemik" kennzeichnen zu sollen, wenn es sich nationalsozialistische Führer heute zur Aufgabe gemacht haben, das deutsche Volk über den schweren Schaden aufzuklären, der der deutschen Nation aus dem Paktieren der Zentrumspartei mit den Sozialdemokraten bereits erwachsen ist und im Verlauf einer weiteren Zusammenarbeit erwachsen wird und muß!

Um der durch die öffentliche Erklärung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz geschaffenen politischen Situation in jeder Hinsicht gerecht werden zu können, würde ich Euer Eminenz für entsprechende Stellungnahme zu den Ausführungen des Freiherrn von Schorlemer sowie zu den vorliegenden Zeilen, dankbar sein.

Genehmigen, Euer Eminenz, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Mit deutschem Gruß

gez. Georg W. Reinecke.

Die hervorragenden Ausführungen des Freiherrn von Schorlemer, Begründung seiner Stellungnahme gegen das rote Zentrum, sein mutiges Bekenntnis aber für ein nationalsozialistisches Deutschland, scheint gewissen Kirchenbehörden in Deutschland so in die Glieder gefahren zu sein, daß ihnen die Sprache weggeblieben ist; sie bleiben die Antwort schuldig aus Scheu vor weiterer Diskussion.

Ein Jesuit wie Peter Canisius, der einzige Jesuit deutscher Herkunft und nordischer Rasse, der sein Deutschtum nicht verleugnet hat, hat schon im 16. Jahrhundert erkannt und darnach gehandelt, daß

Staats-Politik auf der Grundlage eines positiven Nationalismus deutscher Rasse

das Primäre ist, Religions-Angelegenheiten aber sekundärer Natur bleiben müssen, um dem Volk das vermitteln zu können, wonach es in einer wahren christlichen Kirche bei deutschen Hirten sucht und wieder zu suchen lernen muß und wird.

Wenn „katholisch" auch allgemein heißt, wie sich die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz beflissen fühlen mit nochmaligem Nachdruck zum so und so vielsten Male zum Ausdruck zu bringen, so werden wir uns immer wieder merken müssen, daß ihnen das kosmopolitische ihrer Einstellung nicht nur über alles zu gehen scheint, sondern daß man das Internationale der Religion mit Hilfe der Zentrumspartei auch auf die Staatspolitik zu übertragen trachtet.

Bis hier her und nicht weiter, dafür wird Deutschlands Jugend nationalen Geistes sorgen.

Deutschland erwache! Heil Hitler!

Bücherecke.

Dr. Hjalmar Schacht: Das Ende der Reparationen. Im Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., erschien soeben die Buchausgabe des Werkes des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht: „Das Ende der Reparationen". Das Buch kostet steif kartoniert RM. 6.20, in Ganzleinen gebunden RM. 6.80 und ist in jeder Buchhandlung erhältlich. Mit Genehmigung des Verlages bringen wir aus dem Buche den nachstehenden Auszug:

Das französische Manöver gegen die Währung.

. . . . Am Tage vorher ereignete sich in Paris eines der unerhörtesten Vorkommnisse in der modernen internationalen Währungsgeschichte. Offenbar im Anschluß an eine Sitzung des Transferkomitees, die unter dem Vorsitz des Reparationsagenten in Paris am 24. April 1929 stattgefunden hatte, wurden von gewisser Seite (nicht von dem Reparationsagenten) wissentlich und absichtlich Meldungen in die Presse lanciert, die in einer Reihe von Pariser Zeitungen zu heftigen Angriffen auf die deutsche Währung und zum Versuch einer Diskreditierung der Reichsbankpolitik führten. Diese Aktion fiel zusammen mit dem Eintreffen von Briefen verschiedener französischer Finanzinstitute bei den Berliner Großbanken, in denen in nahezu gleichförmigem Wortlaut und unter unmißverständlichem Hinweis auf die Vorkommnisse in den Pariser Konferenzverhandlungen die Einschränkung von Krediten, die man Deutschland zur Verfügung gestellt hatte, vorgenommen wurde. Die Devisenabzüge von der Reichsbank nahmen infolgedessen so zu, daß am 7. Mai 1929 die unterste normale Deckungsgrenze in Gold und Devisen mit 41 Prozent nahezu erreicht wurde, so daß die Reichsbank, nachdem das Mittel der Diskonterhöhung wirkungslos geblieben war, sich zur Anwendung der Kreditrestriktion entschloß.

Das französische Manöver gegen die deutsche Währung zu dem Zweck, die deutschen Sachverständigen oder die deutsche Regierung einzuschüchtern, war ebenso plump wie dumm. Es war so dumm, daß einzelne einsichtige französische Bankiers alsbald an der maßgebenden Pariser Stelle intervenierten und die Torheit des ganzen Vorgehens auch für die französischen Interessen klarmachten. Wenn nämlich die deutsche Währung auf so schwachen Füßen stand, daß mit ein paar Kündigungsbriefen an Berliner Großbanken und ein paar Zeitungsartikeln in der Pariser Presse die schwerste Erschütterung über Deutschlands Wirtschaft gebracht werden konnte, wie konnte man dann annehmen, daß Deutschland gewaltige Reparationsleistungen in fremder Valuta aufbringen könne. Hätte Frankreich seinen Versuch durchgeführt, so hätte es damit von sich aus die Lösung des Reparationsproblems endgültig zerstört. Darum wurde in kürzester Frist die ganze Attacke wieder abgeblasen.

Herr Senator Böhmers spricht.
Fortsetzung von Nr. 16 der B.N.Z.

„Doch die Nazis, weil grundehrlich,
Sind für mich vorerst entbehrlich!"

(Fortsetzung folgt).

Unsere Antwort

an den Herausgeber des Sonntagsblatts für evangelisch-reformierte Gemeinden, über nationalsozialistische Schulpläne.

Die Notizen in Nr. 1 und Nr. 5 des Sonntagsblattes über nationalsozialistische Schulpläne und die Antworten der Schriftleitung dieses Blattes vom 19. und 29. Januar auf unsere brieflich erfolgten Einwendungen gegen die erste Notiz veranlassen uns zu öffentlicher Stellungnahme.

Die Nationalsozialisten wurden im Sonntagsblatt angegriffen, weil sie die „reine Bekenntnisschule" ablehnen. Unser Einwurf an Pastor Middendorf lautete: „Auch in der Vorkriegszeit haben wir eine reine Bekenntnisschule, wie sie von Ihnen gefordert wird, nicht gehabt, und doch kamen die „Bekenntnisse" vollauf zu ihrem Recht". Zu unserer Ueberraschung erwidert hierauf Pastor Middendorf in seinem letzten Briefe, daß wir noch heute die reine Bekenntnisschule haben. Wir sind überzeugt, Pastor Middendorf konnte eine klare Erläuterung seiner Auffassung reiner Bekenntnisschulen garnicht geben, als durch ihre Gleichsetzung mit der heutigen Schule. Wir wissen auch, daß diese Erklärung wie ein kalter Wasserstrahl auf die Leser des Sonntagsblattes wirken wird. So allerdings hat man sich nach unserer genauesten Kenntnis in Emden die „reine Bekenntnisschule" nicht vorgestellt, und wir sind gespannt, was Pastor Immer, der in Emden führend in der Vereinigung der Freunde evangelischer Schulen ist, zu dieser Auffassung zu sagen hat.

Wie sieht denn Pastor Middendorfs heutige „reine Bekenntnisschule", die evangelische Volksschule aus?

1. In Alt-Berlin unterrichteten an 37 evangelischen Gemeindeschulen (nicht sind damit die weltlichen Gemeinschaftsschulen gemeint) 48 fest angestellte jüdische Lehrkräfte (21 Lehrer und 27 Lehrerinnen). Der frühere Berliner Oberstadtschulrat Paulsen entschied durch seine Stimme in der für ihn letzten Sitzung der Schuldeputation, daß an den evangelischen Schulen Berlins in Zukunft auch Juden zu Konrektoren ernannt werden dürfen. „Reine Bekenntnisschulen", Pastor Middendorf?

2. Der Jude Dr. Kurt Löwenstein, Schuldezernent von Berlin-Neukölln, gab in einer Elternversammlung der Hoffnung Ausdruck, nach zwölfjähriger Amtstätigkeit in Neukölln keine christlichen Schulen mehr vorzufinden. Er stimmte aber für den Antrag, die Zahl der jüdischen Religionsstunden zu erhöhen. Ist das eine Schulleitung reiner Bekenntnisschulen, evangelischer Volksschulen, Herr Pastor Middendorf?

3. In allen evangelischen Orrten, in denen keine besondere Judenschule ist, besuchen die Kinder jüdischer Eltern die evangelische Volksschule. Es werden also Kinder in die Schulgemeinschaft eingereiht, die einer dem Christentum feindlich gegenüberstehenden Religionsgemeinschaft angehören. Die Gegensätze gehen demnach noch über den Rahmen der christlichen Bekenntnisunterschiede hinaus. Wird hierdurch der Bekenntnischarakter der Schule nicht gestört?

4. Sind nicht in den heutigen evangelischen Schulen Kinder, welche durch ihre Eltern vom Religionsunterricht abgemeldet wurden? Es wäre uns interessant, zu erfahren, ob Pastor Middendorf diese Kinder für die „reine Bekenntnisschule" zulassen will, besonders, wenn die Eltern nicht offiziell ihren Austritt aus der evangelischen Kirche erklären, wie es häufig der Fall ist.

5. Die vorjährige Pressefehde Pastor Immer — Pastor Fast in Emden hat die scharfe Scheidelinie zwischen den „positiv eingestellten Evangelischen" und den „Freireligiösen" aufgedeckt. Von einem gemeinsamen Bekenntnis war da keine Rede mehr. Finden die Freireligiösen dennoch Platz in der „reinen Bekenntnisschule"? Oder falls sie wollen, kann man ihnen verwehren, was man den „Gottlosen" durch Gewährung weltlicher Schulen gibt? Dann aber wird der Zerschlagung der deutschen Schule bald kein Halt mehr geboten werden können, weil nur noch das Trennende gesehen und betont wird. Wie sich das deutsche Parlament in 37 Parteien zersplitterte, so wird die deutsche Volksschule zersplittern, bis wir auch dort vor einem Trümmerhaufen stehen. Haben nicht schon jetzt die positiv eingestellten evangelischen Volkskreise Emdens gegen die Ernennung eines „dissidentischen" Rektors Stellung genommen, während sich dieser hinter der „freireligiösen" Gemeinde verkroch?

Und wie sieht es an den höherren Schulen aus? Auch nur hier einige Beispiele:

1. Seit man den Religionsunterricht als Prüfungsfach abgesetzt hat, ist er geradezu in eine Aschenbrödelstellung gedrängt worden.

2. Die Preußische Statistik über das Schulwesen in Preußen hat schon 1921 eine Trennung der Lehrkräfte nach der Religionsgemeinschaft nicht mehr vorgnommen. Doch läßt sich nachweisen, daß eine Reihe von höheren Lehranstalten, die vor dem Kriege noch keinen jüdischen Lehrer hatten, heute schon ihrer fünf oder gar sechs zählen. Hier ist der christlich-germanische Charakter unserer deutschen höheren Schulen gefährdet.

Dasselbe ergibt sich aus dem Verhältnis der Schülerzahlen. Nach der Preußischen Statistik 1921 besuchten von je 100 jüdischen Schülern mehr als 45 die höhere Schule, von je 100 Schülern christlichen Bekenntnisses aber noch nicht einmal sechs. Daraus folgt, daß die führende Oberschicht des Volkes immer mehr von jüdischem Geiste durchsetzt wird. Deshalb gilt unser Kampf für die positiv christliche Gemeinschaftsschule der höheren Schule ebenso wie der Volksschule. Pastor Middendorf aber fragen wir, ob er den Kampf für die „reine Bekenntnisschule" auch da führen will, wo die Widerstände ungeheuer wachsen, an der höheren Schule?

Aus der Reihe dieser Beispiele, die sich beliebig vergrößern läßt, folgern wir, daß wir, entgegen der Behauptung Pastor Middendorfs, heute eine „reine Bekenntnisschule" nicht haben, daß aber der Versuch der Schaffung „reiner Bekenntnisschulen" neben freireligiösen, Weltanschauungs- und weltlichen Schulen zur Zertrümmerung und Auflösung der deutschen Schule führen würde. Da wir uns in allen Erziehungs- und Unterrichtsfragen ganz und gar vom Lebenswillen des gesamten deutschen Volkes in seiner oganischen Einheit leiten lassen, so verlangen wir die einheitliche Schule, die auf christlich-germanischem Grunde ruht, entsprechend dem Wesen und der Kultur des deutschen Volkes.

In dieser Stellungnahme liegt durchaus keine Ablehnung des Einflusses der beiden christlichen Bekenntnisse auf die deutsche Erziehung. Es liegt uns auch ganz fern, die Unterschiede der Bekenntnisse zu verwischen. Wir werden ferner, wo es sich ungezwungen ermöglichen läßt, die Einschulung nach den Bekenntnissen erfolgen lassen. Wir wollen aber nicht, daß etwas Trennendes im deutschen Leben und in der christlich-germanischen Kultur zum Hauptgesichtspunkt der deutschen Schule erhoben wird. Zum Beweis dieser Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung sei ein Wort Adolf Hitlers angeführt. Er schreibt in dem Buche „Mein Kampf" auf Seite 379: Die Aufgabe der Bewegung, ist nicht die einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes. Sie sieht in beiden religiösen Bekenntnissen gleichwertvolle Stützen für den Bestand unseres Volkes." Daß dieses Wort auf die Gestaltung der nationalsozialistischen Erziehung bestimmenden Einfluß ausübt, erkennen wir an dem Vorschlag für die Aufstellung eines nationalsozialistischen Schulprogramms, der in Nr. 4 der Nationalsozialistischen Lehrer-Zeitung auf Seite 8 veröffentlicht worddon ist. Es sind daraus in diesem Zusammenhange folgende Forderungen bedeutungsvoll:

Forderung 1: Die gesamte Erziehung der deutschen Volksgenossen zu deutschen Staatsbürgern liegt in den Händen des Staates. Die Einrichtungen dazu sind die Familie, die Schule und die Kirche.

Forderung 2.: Die elterliche Erziehung im vorschulpflichtigen Alter ist durch nichts zu ersetzen. Der Staat als Schützer der Jugend übernimmt voll und ganz den Schutz der Familienerziehung und damit der Familie.

Forderung 5: Die deutsche Schule ist eine positiv christliche Gemeinschaftsschule. Die Grundlage ist die Grundschule, auf ihr baut sich die Oberschule (oder Mittel-, Aufbau-, Berufsschule) auf; die Krönung ist die Hochschule.

Forderung 9. Die Grundlage der Erziehung ist das Christentum.

Da Pastor Middendorf durch die Notiz im Sonntagsblatt bei den Lesern den nicht zutreffenden Eindruck erweckt hatte, als ob dissidentischer Geist die Schulpläne der Nationalsozialisten beherrsche, hätten wir wohl erwarten dürfen, daß auf unsere Bitte hin nun auch die wirkliche Einstellung des Nationalsozialismus zu Christentum, Kirche und Erziehung den Lesern des Sonntagsblattes durch Abdruck der obigen vier Forderungen bekannt gegeben wäre. Diese Erwartung durften wir um so mehr hegen, da sehr viele der Leser an der Frage ein außerordentliches Interesse haben. Pastor Middendorf entsprach unserer Bitte nicht. Vielmehr trat er in seinem letzten Brief mit dem „herzlichen Wunsche" hervor, daß die nationalsozialistische Bewegung „diese oder jene Anschauung, die als Widerspruch zum biblischen Christentum empfunden wird, ablege."

Diese oder jene Anschauung, Herr Pastor Middendorf?

Wenn ein evangelischer Geistlicher die große nationale Bewegung, von der nach Jahren schwersten Verfalles, die Wiedergeburt des deutschen Volkes ihren Ausgang nimmt, unchristlicher Anschauung zeiht (denn das liegt doch in den Worten), dann dürfen die Bekenner evangelischen Christentums in dieser Bewegung wohl erwarten, daß auch der Nachweis für eine solche Behauptung geführt wird. **Wir bitten um Antwort, Herr Pastor Middendorf!**

Zum Schluß sei der entscheidende Gegensatz hervorgehoben, der uns von Pastor Middendorf trennt: es ist der Gegensatz von Liberalismus und Nationalismus. Middendorf will Freiheit in Erziehung und Glaubensleben. Wir erkennen das an, wenn Freiheit nicht der Ungebundenheit gleich sein soll. Aber wir können nicht das Individuum zum Maßstab der Werte machen. Der einzelne Mensch ist für sich nichts. Sein Leben in der Isolierung ist sinnlos. Es bekommt erst einen Sinn in den natürlichen Gemeinschaften der Familie und des Volkes, die stets auch einen bestimmten religiösen Charakter haben. So sehen wir die Werte des menschlichen Lebens nicht vom Einzelwesen bestimmt, sondern vom Volke. Die Freiheit des einzelnen Volksgliedes besteht, indem es sich frei für die Volksgemeinschaft entscheiden kann. Aber der einzelne kann niemals verlangen, daß die Volksgemeinschaft um seinetwillen etwas schafft, wodurch sie sich selbst zerstört. Damit ist das Urteil über die weltlichen Schulen gesprochen, die in ihrer Zerstörung christlich-germanischen Geisteslebens deutsche Kultur und deutsches Volk dem Siechtum entgegenführen.

Wir schrieben deshalb Pastor Middendorf „Wenn Sie es für ein Unrecht halten", Eltern, die von Religion nichts wissen wollen, zu zwingen, ihre Kinder in eine positiv christliche Schule zu schicken, so dürfen wir darauf hinweisen, **daß unser Volk vor Einbruch der marxistischen Lehre durch und durch in seiner gesamten Lebensbetätigung religiös war, und daß erst von der marxistischen Organisation die Religionsfeindlichkeit und Kirchenaustrittsbewegung als politisches Kampfmittel in unserm Volke propagiert worden ist.** Nach unserm Dafürhalten sollten es deshalb alle kirchlichen Kreise als ihre höchste innermissionarische Pflicht ansehen, das in seinem innersten Wesen religiöse deutsche Volk aus der materialistisch-marxistischen Lebenseinstellung zu befreien. Wir können es aber nicht anerkennen, daß kirchliche Kreise den durch die marxistische Propaganda geschaffenen Zustand zum Verhängnis des deutschen Volkes im Staatsgesetz verankern helfen wollen, indem sie die Forderung vertreten, wie sie von Ihnen, Herr Pastor Middendorf, in ihrem ersten Briefe formuliert worden ist: „In der Erziehung muß Freiheit herrschen: Die Religionsfeinde mögen ihre weltliche Schule haben . . . ." Wir dagegen fordern, daß um der Zukunft des deutschen Volkes willen die weltliche Schule verschwindet. Niemals kann der Staat, der nach unserer Auffassung nicht anderes ist als ein Machtinstrument des Volkes zur Entwicklung seines Lebens und seiner Kultur, gehalten sein, etwas zu schaffen und zu unterhalten, was das Volk vergiftet.

Sie, Herr Pastor Middendorf, sehen nur den Einzelmenschen und propagieren deshalb eine Freiheit, die wir als Ungebundenheit verwerfen. Wir sehen das Volk in seiner organischen Einheit und fordern eine sittliche Freiheit, die im Dienst am Volk, in der Opferung fürs Volk besteht.

Natsoz. Deutsche Arbeiterpartei.

Der Tannenbergbund.

Von Robert Wagner, M. d. L.

Ueber die positiven Ziele des „Tannenbergbundes" wissen wir nicht viel, immerhin besteht die begründete Aussicht, diese gelegentlich zu erfahren. Dann nämlich, wenn sie dem „Tannenbergbund" selbst bekannt sind. Bis dahin müssen wir uns also mit dem negativen Wollen des Bundes befassen. **Juden, Freimaurer, Jesuiten, Christentum und christliche Kirchen** müssen danach aus dem Leben unseres Volkes ausgeschaltet werden. In der Juden- und Freimaurerfrage können wir Nationalsozialisten ohne weiteres mit dem „Tannenbergbund" gehen. Die folgenden Fragen trennen unsere Wege und werden sie nie wieder zusammenführen: **Die NSDAP. ist eine politische Bewegung, die unserem Volke als Rasse im „Dritten Reich" einen Staat nationaler Freiheit und sozialer Gerechtigkeit geben will. Dieser Staat steht mit dem christlichen Glauben und seinen Kirchen in keinerlei Widerspruch, im Gegenteil, er wird selber nur auf der Grundlage eines positiven Christentums bestehen können und wir geben uns durchaus der Hoffnung hin, daß die beiden größten christlichen Konfessionen erkennen werden, daß die Gefahren, die unserem Volke durch Judentum, Freimaurerei und Marxismus drohen, im gleichen Maße auch das Christentum bedrohen und damit aber der Anschluß an den Nationalsozialismus zwangsläufig gefunden werden muß.**

Wir wollen jedoch einmal annehmen, der „Tannenbergbund" würde einen berechtigten Kampf gegen das Christentum führen. **Auch dann müßten wir Nationalsozialisten uns von diesem Kampfe abwenden.** Die Geschichte aller Religionen liefert uns Beweise genug dafür, wenn es uns unser Empfinden nicht sagen würde, daß weder General Ludendorff noch seine Frau vom Schicksal bestimmt sind, der Erde einen neuen religiösen Glauben zu geben. Dazu gehört mehr als „Erkenntnisse" in späten Lebensjahren, mehr als ein papierener Kampf mit Broschüren und Flugblättern, mehr als ein „Tannenbergbund", **dazu gehört höchste Bestimmung von Jugend auf.** Und noch entscheidender fällt ins Gewicht, daß gerade wir Deutschen genug gewarnt sein sollten vor religiösen Streitigkeiten und Kämpfen. Leidet unser Volk schon genug unter der konfessionellen Zerrissenheit, **so müßte ein neuer Kulturkampf in der heutigen Zeit Deutschland zur Freude all seiner äußeren und inneren Feinde endgültig vernichten.** Es kann heute keine Aufgabe sein, unserem Volk zu seinem Kampf um die politische Unabhängigkeit und um das tägliche Brot, noch die Lasten eines religiösen Glaubenskampfes oder gar eines Religionskrieges aufzuladen. Wer das trotzdem tut, beweist uns, wie wenig er berufen ist, die letzten Daseinsfragen seines Volkes aufzugreifen.

Andererseits muß aber auch einmal ein klares Wort an alle die gerichtet werden, die der Meinung sind, sich Uebergriffe auf die weltliche, d. h. politische oder staatliche Führung unseres Volkes leisten zu dürfen oder sich gar in den Tagesstreit der Politik einzumischen. **Der nationalsozialistische Staat wird dieses Unterfangen ebenso zurückweisen, wie der Priester es zurückweisen muß, daß der Politiker sich in religiöse und kirchliche Angelegenheiten eindrängt.** Wir kennen daher keine katholische oder protestantische Gefahr für unser Volk, sondern wir sehen ebenfalls da eine Gefahr, wo religiöse oder gar konfessionelle Fragen und Streitigkeiten in die Politik oder politische Angelegenheiten in die Religion hineingetragen werden sollen. **Und dieser Gefahr werden wir zu begegnen wissen.**

Damit aber hat jeder Deutsche, dem der Blick für das Mögliche und Notwendige nicht getrübt ist, die Verpflichtung, dem Treiben des „Tannenbergbundes" einen Riegel vorzuschieben. Der „Tannenbergbund" muß mit seinem religiösen Wollen zu einem weiteren **Riesenverbrechen** an unserem Volke führen. **Daher Kampf seinem erbärmlichen Treiben.**

Arbeiter

wählt zur Arbeiterkammerwahl

Liste 5

Nationalsozialistische Arbeiter